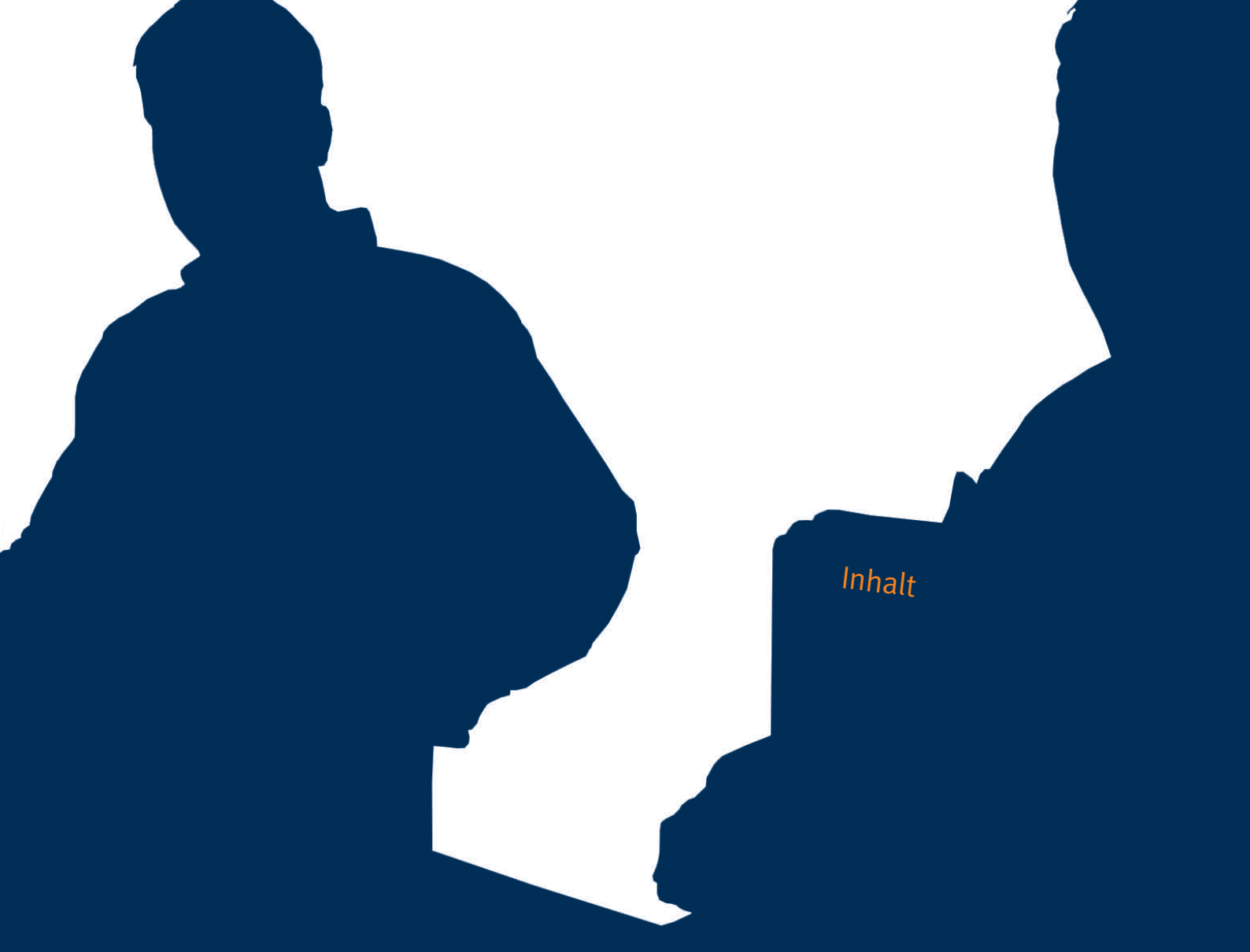


Miteinander e.V. / Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hg.)

ARGUMENTE

Eine Entgegnung auf Schulungsmaterial der NPD





Inhalt



Vorwort 2

Kurze Geschichte der NPD 4

Die NPD in Sachsen-Anhalt 8

Öffentliches Auftreten und Diskursstrategie der NPD 10

Die Sprache der NPD 14

Entgegnungen auf die NPD-Handreichung 16

- 1. Das „Ausländerthema“ 18**
- 2. Wirtschafts- und Sozialpolitik 27**
- 3. Allgemeine Fragen zur NPD 34**

Serviceteil 50



Neonazistische Parteien, Organisationen und Gruppen bedienen sich einer Fülle von Aktionsformen. Diese reichen von der Flugblattverteilung über Aufmärsche bis zu Gewalt gegen Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen.

Die Strategie der Wortergreifung stellt eine Form der politischen Aktion dar, die in den zurückliegenden Jahren vermehrt zur Anwendung kam. Sie zielt auf eine öffentlichkeitswirksame Präsentation antidemokratischer und menschenverachtender Inhalte. So suchen Rechtsextreme gezielt Veranstaltungen von demokratischen Parteien und Initiativen auf, um dort Einfluss auf Themensetzung und Diskussion zu nehmen.

Um Demokrat/innen bei der Vorbereitung und Absicherung ihrer Veranstaltungen zu unterstützen, hatte Miteinander e.V. im Jahr 2007 die Broschüre „Streiten mit Neonazis?“ herausgegeben, die aufgrund großer Nachfrage inzwischen in zweiter Auflage erschien.

In „Streiten mit Neonazis?“ zeigten wir beispielhaft auf, dass eine Diskussion mit ideologisch gefestigten und rhetorisch geschulten Neonazis nicht zielführend ist (anders verhält es sich bei rechtsorientierten Jugendlichen). So sind rechtsextreme Diskutant/innen nicht bereit, Argumente ihres Gegenübers aufzunehmen und die eigene Position hernach zu überdenken. Auch sind die Rollen in solch einer Situation ungleich verteilt: Neonazis befinden sich in der Offensive, indem sie den Anwesenden rechtsextreme Parolen oder Ideologiefragmente vortragen; die Demokrat/innen sind dann gezwungen, diese argumentativ zu widerlegen.

Neonazis halten – weil oft erfolgreich – an der Strategie der Wortergreifung fest; die Orte, die von ihnen zur Bühne erklärt werden, haben sich in der Vergangenheit erweitert. Immer öfter findet Wortergreifung auch in kommunalen Gremien statt. In den zurückliegenden zwei Jahren hat sich die kommunale Präsenz rechtsextremer Parteien in Sachsen-Anhalt deutlich erhöht. Aktuell entsendet allein die NPD zehn Mandatsträger/innen in fünf Kreistage sowie 19 Vertreter/innen in 18 Stadt- und Gemeinderäte. Bundesweit sind es über 300 Mandate.

Unsere Position, mit ideologisch gefestigten Neonazis keine Diskussionen einzugehen, erfährt durch deren zunehmende parlamentarische Präsenz eine Einschränkung. Soll diese Normalisierung nicht weiter Raum greifen, muss eine inhaltlich-argumentative Auseinandersetzung mit den politischen Positionen der extremen Rechten geführt werden. Ihre (parlamentarischen) Initiativen sind auf Elemente einer völkisch-rassistischen Ideologie abzuklopfen. Zugleich stehen Kommunalpolitiker/innen vor der Aufgabe, gemeinsam mit der Verwaltung und der Zivilgesellschaft für die Stärkung einer Demokratie- und Menschenrechtsorientierung im Gemeinwesen einzutreten. Nur so lassen sich mittelfristig Handlungsräume von Neonazis einschränken und langfristig menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen zurückdrängen.

Die rhetorischen wie fachlichen Fähigkeiten der NPD-Vertreter/innen gehen weit auseinander, entsprechend fallen die politische Praxis wie das Auftreten der Rechtsextremen von Gremium zu Gremium unterschiedlich aus. Zugleich stellen

wir in unserer Beratungsarbeit immer wieder fest, dass sich die Mitglieder der demokratischen Parteien und Wählervereinigungen nur unzureichend mit der Programmatik der NPD auseinandersetzen und ihnen daher eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Anträgen, Anfragen oder Zwischenrufen von Rechtsextremen in den Vertretungen schwer fällt oder sie diese gänzlich meiden.

Wir haben uns deshalb entschieden, eine ergänzende Broschüre zu „Streiten mit Neonazis?“ herauszugeben, die weniger die Aktionsformen von Neonazis und stattdessen Argumentationslinien der NPD in den Blick nimmt. „Argumente. Eine Entgegnung auf Schulungsmaterial der NPD“ richtet sich vor allem an Kommunal- und Landespolitiker/innen der demokratischen Parteien. Sie soll ihnen und jenen Akteur/innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft, die mit rechtsextremen Akteur/innen und ihren Thesen konfrontiert sind, Argumente zur Auseinandersetzung an die Hand geben.

„Argumente“ entstand auf Grundlage einer in Brandenburg im Jahr 2008 veröffentlichten Publikation von Fabian Virchow, die wir überarbeitet und aktualisiert haben. Wir danken ihm und dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien für die Genehmigung zum Nachdruck.

Unseren Leser/innen wünschen wir eine fruchtbringende Lektüre. Über Ihre Rückmeldungen und Hinweise freuen wir uns!

Magdeburg und Halle (Saale) im Dezember 2009
Torsten Hahnel, Sebastian Striegel, Thomas Weber



Kurze Geschichte der NPD

Im November 1964 wurde die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in Hannover als Sammlungspartei nationalkonservativer und nationalsozialistischer Kräfte gegründet.

Gestützt auf Strukturen und Personal zahlreicher Organisationen der extremen Rechten, wie z.B. der Deutschen Reichspartei, der Deutschen Partei oder der Gesamtdeutschen Partei,

entfaltete sie in vielen Teilen der Bundesrepublik rasch rege Propagandatätigkeiten. Bei den Landtagswahlen der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gelang ihr der Einzug in sieben Landtage; die NPD konnte in dieser Zeit auf 61 Abgeordnete in den Landtagen und mehrere Hundert Vertreter/innen in den Kommunalvertretungen bauen. In den Jahren 1966 bis 1968 stieg die Zahl der Mitglieder auf etwa 30.000 an; der Anteil derjenigen, die vor 1945 der NSDAP angehört oder leitende Positionen im NS-Regime eingenommen hatten, war besonders an der Parteispitze und im Funktionärskörper beträchtlich.

Zwar konnte die NPD mit ihrem autoritär-nationalistischen Profil und der Relativierung oder gar Leugnung der NS-Verbrechen sowohl die Ewiggestrigen als auch von ökonomischer Krise und gesellschaftlichem Strukturwandel verunsicherte Mittelstandsangehörige und Arbeiter/innen ansprechen – doch der von vielen Beobachter/innen und auch der Partei selbst erwartete Einzug in den Bundestag gelang ihr 1969 nicht. Sie erhielt nach einem turbulenten Wahlkampf, in dem das gewalttätige Auftreten von NPD-Mitgliedern und Sympathisant/innen und ein mögliches Verbot der Partei immer wieder für Schlagzeilen sorgten, 4,3 Prozent der Stimmen und scheiterte damit knapp an der Fünf-Prozent-Klausel.

Der ausbleibende Erfolg auch bei folgenden Bundestagswahlen trug maßgeblich zum Niedergang der NPD und zur Ausdifferenzierung des extrem rechten Spektrums in den 1970er Jahren bei. Während die NPD mit der Initiierung der Aktion Widerstand 1970 noch einmal versuchte, alle Gegner der Ent-

spannungspolitik zu einen, bildete sich mit der Deutschen Volksunion (DVU) von Gerhard Frey 1971 eine weitere Sammlungsbewegung, die jedoch erst in den späten 1980er Jahren an Wahlen teilnahm. Daneben traten vermehrt so genannte Wehrsportgruppen auf, bei denen paramilitärisches Training im Vordergrund stand. Und während ein Teil der extremen Rechten nach einer Modernisierung der weltanschaulichen Verortung suchte, gründete ein anderer Organisationen und Parteien, die sich offen zum historischen Nationalsozialismus bekannten und beispielsweise die Wiederzulassung der NSDAP forderten. Nicht selten waren daran auch (frühere) NPD-Mitglieder beteiligt, was die Parteispitze zu Abgrenzungsbeschlüssen veranlasste.

Sieht man von den wenigen lokalen Sonderfällen ab, entwickelte sich die NPD in den beginnenden 1980er Jahren zu einer echten Splitterpartei; selbst die 0,2 bzw. 0,6 Prozent bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987 sowie die 0,8 Prozent bei der Wahl zum Europäischen Parlament 1984 wurden von der NPD als Trendwende gefeiert. Vor allem wohl, weil diese Ergebnisse mit der Auszahlung von Wahlkampfkostenerstattung in Höhe von über drei Millionen Mark verbunden waren. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zeigten sich die 1983 von ehemaligen CSU-Mitgliedern gegründeten Republikaner jedoch deutlich erfolgreicher als die NPD. Selbst 1990 – die NPD sah sich hier als die gesamtdeutsche Alternative – schnitt die Partei bei der Bundestagswahl mit 0,3 Prozent miserabel ab, obwohl man nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik auf

besonderen Zuspruch seitens der Wähler/innen gehofft hatte. In der Folge beteiligten sich zahlreiche führende NPD-Mitglieder an der Gründung einer weiteren extrem rechten Partei, der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH). Diese konnte zunächst eine gewisse Attraktivität erzielen und verfügte durch den Übertritt ehemaliger DVU-Parlamentarier zeitweise sogar über Landtagsmandate. Ende der 1990er Jahre war jedoch auch die DLVH in die Bedeutungslosigkeit gefallen.

Mit der Wahl Günter Deckerts zum Parteivorsitzenden im Juni 1991 begann die Öffnung der NPD gegenüber militanten Neonazis. Ein Kurs, der die Partei bis heute nachhaltig prägt. Deckert selbst wurde in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mehrmals wegen Leugnung des Holocaust und Volksverhetzung verurteilt. Obwohl er im Juni 1995 auf einem Bundesparteitag noch einmal als Vorsitzender bestätigt worden war, enthub ihn das Parteipräsidium kurze Zeit später seines Amtes. Als sein Nachfolger amtierte bis heute der ehemalige Hauptmann der Bundeswehr, Udo Voigt. Er öffnete die Partei noch weiter für militante Neonazis, die in Folge vereinsrechtlicher Verbote mehrerer Organisationen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre nach einem neuen organisatorischen und politischen Rahmen für ihre Betätigung suchten. Zu der von Voigt betriebenen Entwicklung gehören auch die Professionalisierung der Parteimedien, die Integration jugendkultureller Elemente in die Parteiarbeit (Rechtsrock) sowie die Ausweitung des politischen Aktionsrepertoires. Hierzu zählen beispielsweise die Entwicklung von Aufmarschstrategien hin zu einer neonazistischen

Demonstrationspolitik oder die Nutzung neuer Medien für die politische Arbeit.

Neben öffentlichen Aktionen vergleichbarer Größe schenkte die NPD der lokalen Verankerung in Teilen Ostdeutschlands besondere Beachtung. Dies gilt besonders für Regionen wie die Sächsische Schweiz, Teile Mecklenburg-Vorpommerns oder in Sachsen-Anhalt der Burgenlandkreis, in denen die NPD über verfestigte lokale Strukturen verfügt. Mit dem Nationalen Bündnis Dresden wurde seitens der NPD erstmals der Versuch unternommen, auf kommunaler Ebene im Rahmen eines Bündnisses verschiedener rechtsextremer Organisationen zu Wahlerfolgen zu kommen. Ostdeutschland wurde nicht zuletzt als Schwerpunkt gewählt, weil in der Weltanschauung der extremen Rechten die DDR aufgrund der dort nicht stattgefundenen „Amerikanisierung“ und manch positiver Bezüge auf das Preußentum das „deutschere Deutschland“ gewesen sei.

Im Jahr 2003 scheiterte das Anfang 2001 von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung eingeleitete Verbotsverfahren gegen die NPD aus formalen Gründen vor dem Bundesverfassungsgericht. Drei der Richter sahen die in der NPD eingesetzten V-Leute des Verfassungsschutzes als nicht „behebbares Verfahrenshindernis“. Einem Verbot fehlte entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen somit die notwendige „qualifizierte Zweidrittelmehrheit“ von sechs der acht Richter. Das Verfahren wurde damit ohne Verbotsbeschluss beendet, eine Prüfung der Verfassungswidrigkeit der NPD wurde durch das Bundesverfassungsgericht nicht mehr vorgenommen. Das gescheiterte Ver-

botsverfahren wurde in der extremen Rechten als Erweiterung des politischen Handlungsspielraumes interpretiert.

Im letzten Jahrzehnt ist die NPD so immer mehr zum organisatorischen Zentrum der extremen Rechten in der Bundesrepublik geworden; dies manifestiert sich in Wahlerfolgen auf kommunaler und Landesebene, der Sogwirkung auf Mitglieder und Funktionäre der Republikaner und der inzwischen in schweren Turbulenzen befindlichen DVU, weiterer extrem rechter Kleinparteien und in der Rückkehr bzw. Wiederaufnahme ehemals aus der NPD ausgetretener bzw. ausgeschlossener Aktivist/innen. Außerdem betrieb die NPD in den letzten Jahren Absprachen mit der DVU einerseits (Deutschland-Pakt) und bedeutenden Teilen der nicht parteiförmig organisierten neonazistischen Bewegung andererseits (Volksfront von rechts).

Mit zwei Erklärungen verkündeten NPD und Vertreter der nicht parteigebundenen neonazistischen Freien Nationalisten im September 2004 ihre Absicht, die bestehenden Konflikte beizulegen und zu einer weitgehenden Form der Kooperation zu kommen. Nach dem Einzug der NPD in den Landtag des Freistaates Sachsen und – zeitgleich – der DVU in den Landtag Brandenburgs verständigten sich die beiden Parteispitzen im Februar 2005 auf den so genannten Deutschland-Pakt. Im Ergebnis hieß das, bei den Bundes- und Landtagswahlen bis Ende 2009 nicht konkurrierend anzutreten. Auf den Listen der einen Partei sollten zudem jeweils auch Kandidaten der jeweils anderen Partei integriert werden. Die Hoffnung der extremen Rechten, mit diesen Absprachen werde auch der Einzug in die

Parlamente der westlichen Bundesländer wahrscheinlicher, hat sich bisher jedoch nicht erfüllt: In Bremen und Hamburg blieb die DVU – ähnlich wie die NPD Anfang 2008 in Niedersachsen und Hessen – weit hinter den eigenen Erwartungen zurück.

Die NPD kündigte den Deutschland-Pakt mit der DVU im Sommer 2009 auf, nachdem Spannungen zwischen den Partnern in den Monaten zuvor deutlich zugenommen hatten. Die NPD konnte kurzfristig jedoch nicht von der Auflösung profitieren. Bei den im August und September 2009 stattgefundenen Landtagswahlen in mehreren Bundesländern scheiterte sie zum größeren Teil klar an der Fünf-Prozent-Klausel. Lediglich in Sachsen gelang der NPD erstmals in ihrer 45-jährigen Geschichte der Wiedereinzug in den Landtag. In Brandenburg hingegen führte der Bruch des Pakts zu einer Konkurrenzsituation im Lager der rechtsextremen Parteien und schwächte sowohl NPD als auch DVU. Letztere verpasste nach zehn Jahren im Potsdamer Landesparlament den Wiedereinzug deutlich.

Der Einzug der NPD in die Landtage in Dresden und Schwerin in den vergangenen Jahren hat der Partei neue Möglichkeiten eröffnet. Zu nennen sind besonders der erleichterte Zugang zu Informationen, finanzielle Ressourcen in Millionenhöhe und zahlreiche Personalstellen. Auch wenn damit in den eigenen Reihen Begehrlichkeiten geweckt und neue Konfliktfelder eröffnet wurden, so ermöglichen diese Ressourcen doch den Aufbau von Strukturen (beispielsweise in Form von Bürgerbüros, die zum Teil als Anlaufstellen der rechten Szene dienen) sowie die Entwicklung politischer Initiativen und Ak-

tivitäten, zu denen die NPD ohne diese Mandate nicht in der Lage wäre.

Das Auftreten der NPD ist von der Zielsetzung bestimmt, für die nächsten Landtags- und Kommunalwahlen möglichst aussichtsreiche Ausgangspositionen zu erlangen. Hierzu bedarf es unter organisatorischen Gesichtspunkten der Stabilisierung bzw. der Vergrößerung des Kreises an Aktivist/innen innerhalb der Partei und um sie herum. Außerdem notwendig erscheint die finanzielle Konsolidierung bzw. das Erschließen neuer Finanzquellen und die Erhaltung eines fragilen Gleichgewichts mit den so genannten Freien Nationalisten. Mit einer Kombination aus außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktivitäten, bei denen die Arbeit der Landtagsfraktionen als Vorzeigeobjekt dienen soll, zielt die NPD auf eine stärkere kommunale Verankerung als Voraussetzung für den Zugewinn an Einfluss in Land und Bund. Wie aus zahlreichen Beiträgen auf NPD-Versammlungen, in der Parteizeitung *Deutsche Stimme* sowie der thematischen Gewichtung in der NPD-Handreichung deutlich wird, steht die völkische und nationalistische Bearbeitung sozialer Problemlagen auch in den nächsten Jahren im Mittelpunkt der Parteitätigkeit.

Angesichts des personellen Zulaufs, der Wahlerfolge auf niedrigem Niveau auf kommunaler Ebene sowie des gescheiterten Verbotsverfahrens wird die NPD wohl auch zukünftig offensiv und selbstbewusst auftreten und in diesem Rahmen auch zunehmend die (politische) Konfrontation mit demokratischen Akteur/innen und Kräften suchen.

Die NPD in Sachsen-Anhalt

Zwischen Arendsee und Zeitz dominiert die NPD den parteiförmigen Rechtsextremismus. Dennoch stagnierte in den letzten zwei Jahren der organisatorische und politische Aufbau der Partei. So war der Landesverband nicht in der Lage, aus der Präsenz von nunmehr 29 Mandatsträger/innen in fünf Kreistagen sowie 18 Stadt- und Gemeinderäten politisches Kapital zu schlagen. Das in den kommunalen Gremien aufgebotene Personaltableau trug in der Vergangenheit nur eingeschränkt dazu bei, die Präsenz rechtsextremer Politikangebote in der Öffentlichkeit des Landes zu steigern und neonazistisches Gedankengut damit in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Die Mitgliederzahl des Landesverbands stagnierte über Jahre bei etwa 250 Personen und sank 2009 auf rund 220 Parteigänger/innen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2008 lähmten interne Personalquerelen die Arbeit des hiesigen Landesverbands, sodass dessen Kampagnenfähigkeit stark eingeschränkt blieb. Sieben von neun Mitgliedern des NPD-Landesvorstandes erklärten im September 2008 ihren Rücktritt. An der Positionierung einiger Protagonist/innen wurde klar, dass der offen ausgetragene Streit kaum politische Ursachen hatte. Umso deutlicher wurde, dass es um persönliche Animositäten und einen vorzeitig angezettelten Verteilungskampf um Ämter und Personalstellen innerhalb einer als möglich erachteten Landtagsfraktion nach der Wahl im Jahr 2011 ging.

Selbst nach der Wahl des Landesvorsitzenden Matthias Heyder auf einem Landesparteitag in Halberstadt im Februar 2009 ist der Riss quer durch die Landespartei offensichtlich. So halten vor allem die ehemals sehr aktiven Kreisverbände Mansfeld-Südharz und Anhalt-Bitterfeld deutliche Distanz zum neuen Landesvorstand. Auch die Jugendorganisation der Partei, die Jungen Nationaldemokraten (JN), nahm eine für die NPD ungünstige Entwicklung. War der Jugendverband durch die Integration der neonazistischen Kameradschaften seit 2005 noch kräftig gewachsen, lösten sich mehrere als JN-Stützpunkte benannte Orts- und Regionalgruppen sukzessive auf oder stellten ihre wahrnehmbaren Aktivitäten ein. Momentan sind von den vormals acht gegründeten JN-Stützpunkten nur noch vier existent. Die Übernahme des Bundesvorsitzes durch Personen aus Sachsen-Anhalt stellte eine organisatorische und politische Herausforderung an die Aktivist/innen aus Sachsen-Anhalt dar, der sie jedoch trotz gegenteiliger Bekundungen nur eingeschränkt gewachsen waren.

Auch bei der Bundestagswahl im September 2009 wurden die Defizite des NPD-Landesverbands mehr als deutlich. Obwohl die Partei bereits im März auf ihrer Homepage erklärte „Bundestag wir kommen – NPD in Sachsen-Anhalt bereitet den Einzug in den Bundestag vor“, verzichtete sie fast vollständig auf einen offenen Wahlkampf. Das Zweitstimmenergebnis von 2,3 Prozent in Sachsen-Anhalt blieb wieder einmal hinter den eigenen Erwartungen zurück und stellte zudem eine Verschlechterung im Vergleich zur vorhergehenden Bundestagswahl dar.

Trotz aller Schwierigkeiten der Partei, die eigenen Strategien landesweit umzusetzen, darf über den enormen Struktur- aufbau innerhalb einiger Jahre nicht hinweggesehen werden. Klar ist, dass es der NPD vielerorts gelungen ist, von den schwachen zivilgesellschaftlichen Gegenkräften und einem schleichenden Normalisierungsprozess neonazistischer Inhalte durch ständige öffentliche Präsenz zu profitieren. Die Ergebnisse der zurückliegenden Wahlen zeigen, dass die Partei sich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert.



Als kleine Partei – die NPD hat bundesweit rund 7.000 Mitglieder und verfügt nicht überall über handlungsfähige Strukturen und vorzeigbares Personal – steht sie vor dem Problem, sich in der öffentlichen Diskussion Gehör zu verschaffen und wahrgenommen zu werden. Sie kann dabei auf deutlich weniger Ressourcen als im Bundestag vertretene Parteien bauen. Mit ihren geringen Mitteln verfolgt sie mehrere Ziele. Sie will:

- ▶ sich als Akteurin im politischen Feld bekannt machen;
- ▶ ihre politischen Ansichten wahrnehmbar machen;
- ▶ ihren Interpretationen Plausibilität verleihen;
- ▶ sowohl den häufig neonazistisch geprägten Aktivist/innenstamm als auch breitere Wählerschichten ansprechen und binden;
- ▶ Bürger/innen bei Wahlen zur Abgabe ihrer Stimme(n) für die NPD motivieren.

Zum Auftreten der NPD in der Öffentlichkeit und zum propagandistischen Repertoire der NPD gehören angesichts dieser Zielsetzungen verschiedene Elemente, die jedoch fein austariert werden müssen, um nicht gewisse Zielgruppen zu bevorzugen, andere dafür aber zu verschrecken. So wurde etwa in der Vergangenheit in den Reihen der NPD kontrovers diskutiert, ob Aufmärsche angesichts der damit gelegentlich einhergehenden Schlagzeilen über zum Teil gewalttätige Auseinandersetzungen ein geeignetes Mittel sind, um im Vorfeld von Wahlen Zustimmung über den ohnehin bereits existierenden Kreis von Anhänger/innen hinaus anzusprechen.

Ein bedeutsames Element der Öffentlichkeitsarbeit der NPD ist die kalkulierte Inszenierung von politischen Tabubrüchen, um mediale Präsenz zu erreichen und um sich gegenüber der Mitgliedschaft und dem sympathisierendem Umfeld als eine – auch im Parlament – kompromisslose Kraft zu inszenieren. So bezeichnete der NPD-Fraktionschef im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, im Januar 2005 die Alliierten als „Massenmörder“ und nannte die Bombenangriffe auf Dresden vom Februar 1945 einen „Bomben-Holocaust“. Zuvor hatten die NPD-Abgeordneten den Opfern des Nationalsozialismus demonstrativ das Gedenken verweigert: Als sich die Mitglieder des Landtages zu einer Schweigeminute erhoben, verließ die NPD-Fraktion den Parlamentssaal.

Wollte die NPD mit ihrem in den Medien breit beachteten Auftritt in diesem Fall kurz nach ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag auch der Neonazi-Szene zeigen, dass sie diesen ohne taktische Zugeständnisse an parlamentarische Gepflogenheiten als Tribüne für ihre geschichtsrevisionistische Propaganda zu nutzen gedenkt, so kann sie ihre Diskursstrategie nicht vollständig auf solche Skandale abstützen. Denn diese nutzen sich einerseits ab und würden daher einer Steigerung bedürfen, um ein vergleichbares mediales Echo hervorzu-rufen; andererseits haben solche geschichtsrevisionistischen Auftritte für einen relevanten Teil des NPD-Wähler/innenklientels nur untergeordnete Bedeutung.

So verfolgt die NPD eine Doppelstrategie: In ihren Publikationen und in ihren Versammlungen wird gegen das verhasste

„liberalistische System“ zu den (politischen) Waffen gerufen und die Ehre verurteilter NS-Kriegsverbrecher beschworen. In Wahlkampfzeitungen und in Flugschriften, die zur breiteren Verteilung gedacht sind, gibt man sich bürgernah. Aktuelle gesellschaftliche Problemlagen und Diskussionen – von (drohender) Arbeitslosigkeit, den Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme und Plänen zur Kreisgebietsreform über die Einsätze der Bundeswehr bis hin zur (befürchteten) Schließung von Schulen in ländlichen Räumen und der Einführung von Studiengebühren– werden von der NPD aufgegriffen und mit Grundelementen rechtsextremer Weltanschauung (völkischer Nationalismus; Sozialdarwinismus; Antisemitismus) verknüpft. Häufig bezieht sich die NPD dabei ausschnittsweise auf Fakten und Zahlen, die von demokratischen Akteur/innen erarbeitet wurden, weil sie selbst weder die Möglichkeit zur Erarbeitung entsprechender Studien hat und weil sie sich von der Bezugnahme auf Stellungnahmen und Äußerungen demokratischer Akteur/innen einen Zugewinn an Respektabilität verspricht. Die zutreffende Beschreibung einer politischen Entwicklung oder die Benennung eines gesellschaftlichen Problems ist jedoch regelmäßig keine originäre Leistung der NPD.

Im Spektrum der politischen Aktionsformen, welche von der Inszenierung politischer Skandale über Mahnwachen und Aufmärsche bis hin zur Androhung und Ausübung von Gewalt gegenüber politischen Gegner/innen reichen, hat das Konzept der Wortergreifung mit dem gewachsenen Selbstbewusstsein der NPD an Bedeutung gewonnen. Unter diesem Konzept sind

das Aufsuchen von öffentlichen (Wahlkampf)-Veranstaltungen demokratischer Parteien oder Organisationen und eine aktive Beteiligung an ihnen durch Wortmeldungen zu verstehen. Diese Taktik der öffentlichkeitswirksamen und auf Konfrontation zielenden Darstellung extrem rechter politischer Standpunkte wurde in der Parteizeitung Deutsche Stimme wiederholt vorgestellt. So mahnte der NPD-Parteivorsitzende Voigt, die „Maßnahmen der Wortergreifung sollten mit mehreren Kameradinnen oder Kameraden zusammen organisiert werden“, und besonders solche Versammlungen kämen in Frage, wo „wir mit unserer Haltung zum Thema polarisierend eingreifen können“. Für eine erfolgreiche Anwendung dieser Taktik, zu deren Bestandteilen Voigt auch Störungen des Vortragenden durch „Zwischenrufe und Unmutsbekundungen“ zählt, soll die „Handreichung für Kandidaten und Funktionsträger“ einen Beitrag leisten.

Diese gliedert sich in drei Kapitel mit jeweils elf, sieben bzw. vierzehn Abschnitten. Die thematische Profilierung der Kapitel gibt bereits einen deutlichen Hinweis auf die aktuellen Agitationsschwerpunkte der NPD: Während Fragen von Migration, Staatsbürgerschaft und Multikulturalität bzw. Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik jeweils ein ganzes Kapitel gewidmet ist, finden sich im dritten Kapitel so unterschiedliche Themen wie das Verhältnis der NPD zur Gewalt oder zur Waffen-SS. Zahlreiche der in diesem Kapitel aufgeführten Themen werden von der NPD in Wahlkämpfen (oder allgemein: in der auf eine breite Öffentlichkeit zielenden Propaganda) nur

randständig berücksichtigt, spielen jedoch für das Selbstverständnis und die Weltanschauung der NPD eine maßgebliche Rolle. Während also die beiden ersten Kapitel eher Themen und Argumentationsfiguren vorstellen, mit denen die NPD von sich aus offensiv im Rahmen der Taktik der Wortergreifung auftritt, sind im dritten Kapitel Inhalte versammelt, bei denen sich die NPD zwar gegenüber ihrem engsten Klientel in Übereinstimmung weiß, in der öffentlichen Debatte jedoch häufig unter Rechtfertigungsdruck steht.

Dass die NPD eine solche „Argumentationshilfe“ publiziert, wirft ein schlechtes Licht auf die Mitglieder der Partei. Offenbar traut die Parteiführung nur wenigen die intellektuellen Fähigkeiten zu, eine politische Diskussion mit Demokrat/innen bestehen zu können. Die Musterantworten zum Themenkomplex „Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus“ in Verbindung mit dem Verweis auf den Straftatbestand der Volksverhetzung verdeutlichen darüber hinaus, dass sich schon so mancher NPD-Funktionär in der Öffentlichkeit ‚verplappert‘ hat.

Die Erstellung der NPD-Handreichung und die Taktik der Wortergreifung sind als Versuch der NPD zu werten, dem Rechtfertigungsdruck auszuweichen bzw. diesen gar an die demokratischen Parteien und Akteur/innen zurückzugeben, denen vorgeworfen wird, sie wären der Beschäftigung mit bestimmten Themen aus dem Weg gegangen bzw. würden gegenüber der NPD, die gerade solche Themen aufgreife, undemokratisches Verhalten praktizieren. Tatsächlich gehört die Selbstinszenie-

rung der NPD als Opfer undemokratischer Maßnahmen zu den weit verbreiteten Taktiken dieser Partei.

Die Wortergreifung wird entweder durch ein klares Bekenntnis des/der Sprechenden zur NPD eingeleitet, um sogleich den Anspruch der Organisation zu markieren, im (veranstaltungs-) öffentlichen Raum gehört zu werden; bei anderen Gelegenheiten geben sich in der Taktik der Wortergreifung geübte NPD-Mitglieder und -Sympathisant/innen nicht immer sofort zu erkennen. Als vermeintlich besorgte Bürger/innen führen sie jedoch Argumente und Sichtweisen aus dem weltanschaulichen Repertoire der extremen Rechten in die Diskussion ein, fordern zur Diskussion angeblich tabuisierter Sachverhalte auf, variieren ihre Grundthese(n) vielfach und lassen es auch an der Vereinfachung komplexer gesellschaftlicher Prozesse und politischer Entscheidungsabläufe nicht fehlen. Erkennen sie Zustimmung aus dem Publikum, werden ihre Beiträge demagogischer und häufig vom Bekenntnis zur NPD begleitet.

Die Taktik der Wortergreifung soll es den NPD-Aktivist/innen ermöglichen, im Rahmen von demokratischen Veranstaltungen die eigenen Themen und Diskussionsverläufe vorzugeben; eine Widerlegung der Sichtweisen und Argumentationsfiguren ist dabei häufig nur mit erheblichem zeitlichen Aufwand möglich, da zunächst die nicht sichtbar gemachten Vorannahmen verdeutlicht und kritisiert werden müssen. Erwiderungen der Vertreter/innen demokratischer Parteien und Organisationen auf ‚Wortergreifungen‘ durch NPD-Aktivist/innen sollten nicht darauf zielen, die eigene demokratische Dialogfähigkeit un-

ter Beweis zu stellen oder die beteiligten NPD-Vertreter/innen von der Widersinnigkeit und ethischen Verwerflichkeit ihrer Ansichten zu überzeugen. Solche Bemühungen sind in der Regel unwirksam. Das Auftreten und die Beteiligung von Neonazis an Diskussionen in öffentlichen Versammlungen von demokratischen Organisationen führen jedoch gelegentlich zur Verunsicherung im Publikum. Diesem muss die Aufmerksamkeit gelten, indem:

- ▶ der Standpunkt der extrem rechten Redner/innen eindeutig zurückgewiesen wird;
- ▶ diesen spätestens bei Beleidigungen, Verleumdungen und Drohungen die Tür gewiesen wird;
- ▶ in der gebotenen Kürze die Sichtweise der NPD widerlegt wird;
- ▶ die Veranstaltung in einer Weise (fort-)geführt wird, dass sich demokratische Teilnehmer/innen von den Vertreter/innen der NPD nicht eingeschüchtert fühlen.

Zum Weiterlesen

Hintergründe zur Strategie der Wortergreifung erhalten Sie in der Miteinander-Broschüre „Streiten mit Neonazis? Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten“

Um Ihr Exemplar zu erhalten, kontaktieren Sie uns unter net.gs@miteinander-ev.de oder lesen Sie im Internet unter www.miteinander-ev.de  Publikationen nach.



In der politischen Auseinandersetzung spielen Begriffe eine zentrale Rolle. Deren Bedeutung ist jedoch keineswegs eindeutig festgelegt, unveränderbar oder durch den jeweiligen gesellschaftlichen und historischen Kontext unbeeinflusst. An dieser Auseinandersetzung um den Sinngehalt von Begriffen beteiligt sich auch die NPD. Sie versucht, Begriffe zu besetzen, die in Teilen der Gesellschaft einen positiven Klang haben, und diese mit extrem rechten Interpretations- und Deutungsmustern zu verknüpfen. Geht es nach der NPD, so soll etwa „Solidarität“ nur noch im Zusammenhang mit dem Adjektiv „national“ gedacht werden, d.h. zugleich den rassistisch motivierten Ausschluss breiter Bevölkerungsgruppen beinhalten. Spricht

die NPD vom „Sozialismus“, so versteht sie darunter – ideologisch keineswegs immer konsistent – verschiedene Gemeinschaftsformen: Allen voran die nationalsozialistisch inspirierte Volksgemeinschaft, jedoch ebenso die Integration vermeintlich positiver Elemente des real existierenden Systems der DDR in ihre nationale Ideologiebildung. Und unter dem Motto „Bildung für alle“ werden von der NPD politische Konzepte angeboten, die tatsächlich auf Elitebildung und den Ausschluss von Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Bildungssystem hinauslaufen.

Der Versuch der Besetzung von Begriffen und Themen wird seitens der NPD mit dem Anspruch verbunden, die einzig wirkliche Problemlösungs- und Vertretungsinstanz zu sein, sei es im Feld der Sozialpolitik, des Umweltschutzes oder in der Frage von Krieg und Frieden. Eine praktische Umsetzung findet dieses Vorgehen in der Taktik der Wortergreifung, um öffentliche Präsenz zu zeigen, mit der demokratische Akteur/innen demaskiert werden sollen.

In der Sprache der neonazistischen Rechten finden sich darüber hinaus zahlreiche Schlagworte, Worterfindungen und Metaphern, die der Feindmarkierung dienen. So unterstellt die Wortschöpfung „USrael“ die Untrennbarkeit der Interessen der USA sowie Israels und damit der Jüdinnen und Juden. Mit der Formulierung „amerikanische Ostküste“ ist weniger eine geografische Orientierung als eine Chiffre für das angeblich von Juden dominierte internationale Finanzsystem gegeben. Andere von der extremen Rechten verwendete Schlagwörter fungieren

als Kurzresümeees vorgeblich geschichtlicher Entwicklungen, so etwa „Überfremdung“, „Umerziehung“ oder „Volkstod“. Schließlich sind auch jene Gegenschlagwörter von Bedeutung, mit denen versucht wird, die Wahrnehmung des jeweils konkret zur Diskussion stehenden Problems umzuorientieren. Hierzu zählt etwa „inländerfreundlich“ (statt „ausländerfeindlich“ oder „rassistisch“) oder auch „Antigermanismus“ (statt „Antisemitismus“). Diese ideologisch aufgeladenen Begriffe sollen in die alltägliche Sprachverwendung von NPD-Anhänger/innen übergehen und damit zur Stabilisierung des Weltbildes beitragen, aber auch darüber hinaus wirksam werden.

In der NPD-Handreichung finden sich zahlreiche Begriffe und Sprachverwendungen, in denen die Weltanschauung der NPD im Brennglas erkennbar wird. Für Entwicklungen, die abgelehnt werden, ist dies beispielsweise „Landraub“ oder „Verausländerung“. Dabei verwendet die NPD apokalyptische Sprachfiguren und Bedrohungsszenarien, die einzelne negative Ereignisse verallgemeinern. Mit zahlreichen Formulierungen („klarer Verstand“, „gesunder Menschenverstand“, „klarer Kopf“ oder „guter Wille“) wird versucht, mit sprachlichen Mitteln einen Konsens über die Ausgangsposition der NPD bzw. die aus den Behauptungen der NPD abgeleiteten Folgerungen zu schaffen. Wiederholt beruft sie sich missbräuchlich auf politische oder wissenschaftliche Autoritäten, so etwa den früheren französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle oder den deutschen Soziologen Friedrich Tönnies.

Bedeutsam ist ferner eine Interpretation gesellschaftlicher

Entwicklungen aus der Perspektive der Biologie. So spricht die NPD vom „Volkskörper“ und in ihren Schriften vom „lebensrichtigen Menschenbild“, also dem Ausgeliefertsein des Menschen an angebliche Triebe (z.B. „Aggressionstrieb“, „Territorialtrieb“). Dabei ignoriert die NPD die Vielfalt der Natur, die auch zahlreiche Formen der gegenseitigen Hilfe kennt. Der Missbrauch der Natur zu politischen Zwecken findet sich bei der NPD außerdem in der Verurteilung von Homosexualität als „widernatürlich“ und der Setzung von Heterosexualität als „gesunde Norm“. In der Natur jedoch finden sich mannigfache Variationen von Sexualität und Fortpflanzungsarten.

Schließlich ist auf die vielfachen Formen einer Militarisierung der Sprache in Wort und Schrift der NPD hinzuweisen. So finden sich in dem knappen, nur 17 Zeilen umfassenden Vorwort, das der NPD-Funktionär Jürgen W. Gansel der NPD-Handreichung vorangestellt hat, zahlreiche Begriffe wie „Nahkampf“, „Aufrüstung“ oder „Marsch“, die unmittelbar den Begriffsfeldern des Militärs und des Krieges entstammen. Dem Selbstbild der NPD nach ist sie „Speerspitze“. Eine solche Sprache ist kriegerisch und einschüchternd gegenüber dem Gegner. Sie bildet eine (Wieder-)Aufnahme der Sprache des Dritten Reiches/Lingua Tertii Imperii, wie sie von Victor Klemperer treffend in ihrer kriegerischen, biologistisch aufgeladenen und gleichzeitig mechanischen Tendenz beschrieben wurde. Weil Worte „wie winzige Arsendosen“ (Klemperer) sein können, die unbemerkt verschluckt und langsam giftig wirken können, lohnt die Auseinandersetzung auch mit der Sprache der NPD.



Entgegnungen auf die NPD-Handreichung

Die vom NPD-Parteivorstand für Funktionär/innen und Kandidat/innen der NPD bereitgestellte Handreichung ist in drei große Abschnitte unterteilt.

Den ersten Abschnitt bildet das, wie es bei der NPD heißt, „Ausländerthema“. Auf neun Seiten werden elf Fragen formuliert und 22 Antworttexte angeboten, deren Argumentationsfiguren sich teilweise wiederholen. Die von der NPD zusammengestellten Fragen/Antworten bauen nicht logisch aufeinander auf: So finden sich die zum Verständnis der NPD-Position zentralen Grundlagen („Wer ist denn für die NPD ein Deutscher?“;

„Was versteht die NPD unter ‚Volk?‘“ und „Für welches Staatsbürgerschaftsrecht tritt die NPD ein?“) erst weit hinten in diesem Abschnitt. Für die politische Auseinandersetzung mit der NPD sind sie jedoch zentral, da sie Vorannahmen formulieren, die auch bei anderen Fragen/Antworten relevant sind.

Im zweiten Abschnitt der NPD-Argumentationshilfe werden Themen aus dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgegriffen. Zu sieben Fragen finden sich 17 Antworttexte. Diese wiederholen zahlreiche Argumentationsfiguren des ersten Abschnitts, was auf die zentrale Bedeutung des völkischen Nationalismus und des Rassismus in Weltanschauung und Politik der NPD verweist.

Der dritte Abschnitt trägt die Überschrift „Argumentationshilfe zu allgemeinen NPD-Fragen“; hierunter zählt die Partei beispielsweise Fragen zu Motiven für die Mitgliedschaft in der NPD, zu den allgemeinen Zielsetzungen der Partei, zu ihrem Verhältnis zur Gewalt, zum Grundgesetz und zu Europa.

Wer die Handreichung der NPD liest, wird sich gelegentlich darüber wundern, wie unüberlegt die Partei gesellschaftliche Entwicklungen und Problemlagen analysiert und wie vereinfachend, stereotyp und inhuman die aus der rechtsextremen Weltanschauung entwickelten Lösungsvorschläge sind. Daraus abzuleiten, die NPD sei mit ihrer Propaganda chancenlos, ist jedoch voreilig. Einfache Parolen und Weltbilder finden vielleicht gerade bei denen Zustimmung, denen die gegenwärtige Weltlage zu unübersichtlich und ‚die Politik‘ zu weit weg und uneindeutig ist.

Im Folgenden wird zunächst der Text der NPD-Argumentationshilfe knapp zusammengefasst (orangefarbene Schrift). Um Inhalt und Diktion der NPD-Positionen transparent zu machen und Kandidat/innen und Funktionsträger/innen demokratischer Parteien mit einigen Schlüsselbegriffen und Schlagworten der NPD vertraut zu machen, enthalten diese Zusammenfassungen auch Zitate. Anschließend finden sich die Erwiderungen. Diese können selbstverständlich eine profunde Kenntnis in politischen Sach- und Detailfragen nicht ersetzen und schon gar nicht das vielerorts beklagte Glaubwürdigkeitsdefizit ‚der Politik‘ korrigieren.

1. Das „Ausländerthema“

1.1. Ist die NPD eine ausländerfeindliche Partei?

Auf die Frage, ob die NPD eine ausländerfeindliche Partei sei, verweist die NPD-Handreichung darauf, dass sie gegen „Türken in der Türkei“ bzw. „Nichtdeutsche in ihren Heimatländern“ nichts habe, sondern sich als „einwanderungsfeindliche“ bzw. „inländerfreundliche Partei“ verstehe, die gegen „Überfremdung und Landraub in Deutschland“ antrete, und wolle, dass Deutschland „das Land der Deutschen“ bleiben soll.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland; und bereits in den Jahrhunderten zuvor haben sich Menschen verschiedenster Herkunft auf dem Gebiet des heutigen Deutschland niedergelassen und sind dort heimisch geworden. So waren 1910 im Wilhelminischen Kaiserreich etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung von 65 Millionen Menschen Migrant/innen. Von den drei Millionen Menschen, die zu jener Zeit im Ruhrgebiet lebten, waren etwa 500.000 polnischer Herkunft. Schätzungen gehen davon aus, dass ca. ein Drittel der 5,3 Millionen Menschen des Ruhrgebiets polnische Wurzeln hat.

Die von der NPD verwendeten Begriffe „Landraub“ und „Landnahme“ sollen den Eindruck erwecken, dass Migration ein Akt der Gewalt und des Unrechts gegenüber vermeintlichen ‚Ur-‘ bzw. ‚Bio-Deutschen‘ sei, gegen den drastische Maßnahmen gerechtfertigt seien. Deutschland – wie es die NPD mit

ihrem Apartheidmodell anstrebt – zu einem Land zu machen, in dem keine Menschen mit Migrationshintergrund mehr leben, käme einer großen Massenvertreibung gleich, die nur mit gewaltsamen Mitteln betrieben werden könnte.

Der Begriff der „Überfremdung“ ist ein Schlüsselbegriff rechtsextremer Weltanschauung. Er unterstellt, dass es eine messbare Grenze dafür gibt, wann ein Land bzw. eine Gesellschaft seinen bzw. ihren spezifischen Charakter verliert. Tatsächlich durchlaufen jedoch alle Gesellschaften beständige Veränderungsprozesse; Kultur ist nicht statisch, sondern dynamisch – darauf hat zuletzt der von Vertreter/innen aller im Bundestag vertretenen Parteien verabschiedete Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hingewiesen. Darin heißt es ausdrücklich, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht auf ihren Bezug zu einer bestimmten Ethnie zu reduzieren, sondern „Teil der Kultur in Deutschland“ sind: „Neue Kulturen bilden sich heraus (...) Es entwickeln sich neue transkulturelle Identitäten..., nicht nur durch die Zunahme binationaler Familien, sondern vor allem durch die eigenständige Entwicklung junger Menschen mit Migrationshintergrund, die sich weder von der Minderheiten- noch von der Mehrheitsgesellschaft vereinnahmen lassen.“

Im Jahre 1993 wurde das Wort „Überfremdung“ von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum „Unwort des Jahres“ gewählt: „Dieser Begriff dient immer wieder als Pseudoargument für die dumpfe Angst mancher Deutschen, dass sie von angeblich minderwertigen Ausländern majorisiert werden können.“

1.2. Warum lehnt die NPD die multikulturelle Gesellschaft ab?

Ihre Ablehnung der „multikulturellen Gesellschaft“ begründet die NPD mit der Behauptung, dass in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit „Arbeitsplätze sowie Sozialleistungen zuerst den eigenen Volksangehörigen zuteil werden“ sollen. Daher seien „ausländische Arbeitsplatzkonkurrenten und Sozialschnorrer“ durch eine Politik der „Ausländerrückführung“ außer Landes zu schaffen. Ursächlich für die „gezielte Überflutung mit Billiglöhnern“ seien die „Profitinteressen der Wirtschaft“ und die „Ideologie des Neoliberalismus“. Als weiteren Grund für die Ablehnung des Multikulturalismus behauptet die NPD, dass ein „Vielvölkerstaat auf deutschem Boden“ notwendig zum „Völkermord an den Einheimischen“ bzw. zu „Mord und Totschlag“ führen würde. Wenn „die Deutschen“ sich nicht zur Wehr setzen, würden sie sich, wie die Indianer in Nordamerika, zukünftig als kleine Minderheit in Reservaten wiederfinden.

Schließlich, so die NPD, schädige die Einwanderung hoch qualifizierter ausländischer Fachkräfte deren Herkunftsgesellschaften, die deren Kompetenzen dringend benötigten. Ein großer Schmelztiegel produziere „entwurzelte und vereinsamte Einheitsmenschen“ ohne Heimat und Identität: „Diese ethnokulturellen Kastraten finden sich dann in einer kalten, egoistischen Wolfsgesellschaft wieder, in der jeder gegen jeden kämpft und das Recht des Stärkeren regiert, weil es keine nationale Solidarität und kein nationales Zusammengehörig-

keitsgefühl mehr gibt. Wo das Volk stirbt (wie in der multikulturellen Gesellschaft), stirbt die Gemeinschaft, wo die Gemeinschaft stirbt, stirbt die Kultur und wo die Kultur stirbt, stirbt der einzelne Mensch. Mensch kann der Mensch nur da sein, wo er unter seinesgleichen ist und eine solidarische Gemeinschaft ausbilden kann.“

Zum Thema „multikulturelle Gesellschaft“ führt die NPD verschiedene Argumentationen an, mit denen sie deren Ablehnung plausibel machen möchte. Die Behauptung, Ausländer würden Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen und unberechtigt am Sozialstaat teilhaben, ist vielfach widerlegt:

- ▶ Als in Westdeutschland Ende der 1950er Jahre Arbeitskräfteknappheit herrschte, wurden gezielt Arbeitsmigrant/innen angeworben. Sie haben mit ihrer Arbeit zum ökonomischen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich beigetragen.
- ▶ Arbeitslosigkeit hat viele Ursachen; insbesondere in den Niedriglohnbereichen sind Qualifizierungsmaßnahmen notwendig, um die Chancen auf eine Beschäftigung zu verbessern.
- ▶ Menschen mit Migrationshintergrund engagieren sich nach einer Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau überdurchschnittlich als Selbstständige und schaffen selbst Stellen in nennenswertem Umfang: Gerade Türken sind zunehmend erfolgreiche Unternehmer, die über 160.000 Arbeitnehmer/innen beschäftigen, darunter auch Deutsche.

- Die Besetzung von freien Stellen durch einen Nicht-EU-Ausländer erfolgt erst, wenn zuvor kein Deutscher oder EU-Bürger für diese Stelle gefunden wurde.

Innerhalb der EU gilt das Prinzip der Freizügigkeit: so wie jede und jeder Deutsche sich in jedem anderen EU-Land eine Arbeit suchen können, so gilt das natürlich auch für die Bürger/innen der anderen EU-Länder in Deutschland.

Tatsächlich werden Arbeitsmigrant/innen häufig zu Löhnen beschäftigt, die unter den Tariflöhnen liegen. Das durchschnittlich niedrigere Lohnniveau der migrantischen Bevölkerung ergibt sich aus den Arbeitsbereichen, in denen Migrant/innen arbeiten (müssen), der stärkeren Vulnerabilität migrantischer Arbeitskräfte (Billiglöhne sind durch Arbeitgeber/innen leichter durchsetzbar) und häufig fehlenden oder nicht anerkannten Bildungsabschlüssen. Gegen die „Billiglöhne“ hilft nicht die Verdrängung der Betroffenen aus dem Arbeitsmarkt, sondern nur ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland und die Anhebung von Lohn- und Lebensniveaus in den Entsendeländern.

Der Multikulturalismus stellt keine originäre Konfliktursache dar; so wie es die verschiedensten Konflikte zwischen Deutschen gibt, so gibt es auch Meinungsunterschiede und Streits zwischen Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund. Die spezifischen Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft brauchen demokratische Aufmerksamkeit und zivile Formen der Konfliktlösung. Die Behauptung, das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in einer

Gesellschaft sei prinzipiell unmöglich und führe automatisch zu Mord und Totschlag, ist durch die Tatsache widerlegt, dass das alltägliche Zusammenleben in den weit überwiegenden Fällen friedlich abläuft. Für die NPD-These sprechen auch die genannten Beispiele nicht: in allen Fällen gab es gesellschaftliche Akteur/innen, die sich von der Eskalation des Konfliktes entlang kultureller oder religiöser Gruppenzugehörigkeit einen Zuwachs an Macht oder an materiellen Ressourcen versprochen und die deshalb die ‚nationale Karte‘ gespielt haben.

Tatsächlich ist die Auswanderung hoch qualifizierter Fachkräfte ein Verlust für die Herkunftsländer. Die humanitäre Botschaft ist bei der NPD jedoch vorgeschoben; ihr geht es darum, das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes (Freizügigkeit) zu beseitigen. Das Recht auf Heimat bedeutet jedoch nicht die Pflicht, sich dort auch aufzuhalten – gleichgültig, wie dieses geografisch oder historisch definiert sein mag. „Heimat ist unerlässlich, aber sie ist nicht an Ländereien gebunden“ (Max Frisch).

Mit der Klage über die Identität, die durch Migrationsprozesse bei den Beteiligten verloren geht, unterstellt die NPD, dass erstens die Identität eines Menschen notwendig durch seine Zugehörigkeit zu einer Gruppe von Menschen geprägt sein muss, die die NPD als „Volk“ bezeichnet. Das ist jedoch keineswegs zwingend. Individuelle Identitäten werden auch durch soziale Schichtzugehörigkeit, Geschlecht, sexuelle Orientierung, familiäre Bindungen und vieles andere mehr geprägt. Sie sind zudem einem Wandel unterworfen und können je nach konkreter Situation verschiedene Ausprägungen erfahren. Zweitens gibt es

im Zusammenhang mit Migrationsprozessen eine zunehmende Zahl von Menschen, die Erfahrung und Kenntnis verschiedener Kulturen nicht missen möchten und dies als große Bereicherung und nicht als Belastung empfinden.

Die NPD polemisiert gegen alle diejenigen, die in der „Volkszugehörigkeit“ nicht ihren wichtigsten Bezugspunkt sehen. Ihrer Ansicht nach kann ein/e Deutsche/r nur unter Deutschen Mensch sein – welch eine armselige und vielfach widerlegte Behauptung. Die Klage der NPD über die „Wolfsgeellschaft“ mit ihrem Sozialdarwinismus ist verlogen, gehört dieser doch zu den Kernbestandteilen extrem rechter Weltanschauung. Danach findet ein beständiges „Völkerringen“ statt, in dem sich nur die Starken behaupten. Hier schließt sich der Kreis der NPD-Gedanken: Um im Konkurrenzkampf zwischen den Völkern bestehen zu können, sollen Gruppeninteressen, etwa der in Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeitnehmer/innen, gegenüber der von der NPD erwünschten „Volksgemeinschaft“ zurückstehen.

1.3. Wie argumentiert die NPD angesichts des niedrigen Anteils migrantischer Bevölkerung in Ostdeutschland?

Mit Blick auf die ostdeutschen Bundesländer behauptet die NPD, dass die Zahl der „Ausländer“ deutlich höher sei als die in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Zahlen, die zwischen 1,8 und 2,7 Prozent liegen. Die NPD verweist in diesem Zusammenhang auf illegale Einwanderung und auf die Einwan-

der/innen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Als drohendes Szenario verweist die NPD auf Stadtteile in Westdeutschland, wo es um die Integration der Deutschen in eine „fremde Mehrheitskultur“ geht. Die EU-Osterweiterung fördere mit dem Niederlassungsrecht für 75 Millionen Osteuropäer noch einmal die „allgemeine Landnahme Fremder“.

Steht die NPD-Argumentation, nach der die Arbeitslosigkeit durch Verdrängung der Arbeitsmigrant/innen aus dem Berufsleben beseitigt werden könnte, schon auf schwachen Füßen, so fällt sie angesichts der weit überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen und der weit unterdurchschnittlichen Migrationsquote in Ostdeutschland völlig in sich zusammen. Aus dieser Klemme kann sich die NPD auch nicht durch die Addition derjenigen befreien, die sich illegal im Land aufhalten oder die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben.

Die Rede von „fremder Mehrheitskultur“, der gegenüber die Deutschen eine Minderheit würden, geht fehl, da den Deutschen gar kein homogener Block von Migrant/innen gegenübersteht. Diese kommen aus ganz unterschiedlichen Ländern und Gesellschaften, bringen verschiedene kulturelle Gepflogenheit oder religiöse Überzeugungen mit und verändern diese zudem häufig im Laufe ihrer Anwesenheit in Deutschland.

Die von der NPD als Bedrohung behauptete Möglichkeit der Zuwanderung von 75 Millionen Menschen aus Osteuropa entbehrt jeglicher rationaler Grundlage. Entgegen mancher Erwartung ist die Arbeitsmigration aus Osteuropa nach dem Inkrafttreten der Freizügigkeitsregelung nur mäßig angestiegen.

1.4. Zum Verbleib von Kindern aus binationalen Partnerschaften.

Hinsichtlich der Behandlung von „Kindern gemischt-ethnischer Beziehungen (Mischlingen)“ unterscheidet die NPD zunächst zwischen „ethnisch-kulturell verwandten europäischen Völkern“ und jenen aus „deutsch-nichteuropäischen Beziehungen“. Letztere träten nach Ansicht der NPD noch vergleichsweise selten auf, würden jedoch nach den Erwartungen der NPD ohnehin das Land verlassen: „Die Mischlinge, die deutsch-nichteuropäischen Beziehungen entstammen, werden das sich renationalisierende Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen, weil ihnen der nationale Klimawandel nicht passt.“

Der Kern der Aussage besteht in der Drohung, dass sich die Lebenssituation von Menschen, die aus binationalen Partnerschaften stammen, in einem nach rassistischen Kriterien strukturierten Deutschland so einschneidend verschlechtern wird, dass diese „freiwillig“ (sic!) ausreisen. Auch wenn die NPD nicht ausführt, wie der „nationale Klimawandel“ konkret aussehen wird, ist unschwer vorstellbar, dass hierzu der Ausschluss der migrantischen Bevölkerung von grundlegenden politischen und sozialen Rechten sowie von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten gehört.

Statt Integration setzt die NPD auf Ausschluss und Entrechtung. Wenn die NPD in ihrer Handreichung schreibt, „rückzu-

führen sind vor allem die Nicht-Europäer“, so wird an dieser Formulierung doch deutlich, dass es ihr letztlich um alle Kinder binationaler Partnerschaften geht. Bedenkt man, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer etwa italienischer Staatsangehöriger in Deutschland bei knapp 25 Jahren, bei griechischen Staatsangehörigen bei gut 23 Jahren und bei denen aus dem heutigen Slowenien bei knapp 30 Jahren liegt (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, August 2006) und diese auf vielfältige Weise in der hiesigen Gesellschaft heimisch geworden sind, dann wird deutlich, dass die NPD-Politik auf ein riesiges Deportationsprogramm hinausläuft.

1.5. Schadet die NPD mit ihrem Rassismus dem Tourismus?

Auf die Frage, ob die NPD mit ihrem Rassismus dem Tourismus schade, verweist die Schrift darauf, dass die NPD einen Unterschied zwischen Touristen mache, die wieder gehen, und Ausländern, die bleiben. Einwanderungsfeindlichkeit habe nichts mit Touristenfeindlichkeit zu tun. Auch in Kärnten oder in Italien sei kein Rückgang des Tourismus festgestellt worden, als dort rechtsextreme bzw. rechtspopulistische Parteien Regierungsverantwortung getragen hätten.

Ob die Wahlerfolge der NPD und die Gewalttaten gegen Menschen, die von den Schläger/innen als „nicht deutsch“ kategorisiert werden, negative Folgen für den Tourismus haben, lässt sich statistisch nicht immer einwandfrei ermitteln. Laut einer Umfrage des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpom-

mern änderten beispielsweise sieben Prozent der Befragten schon einmal ihre Reisepläne wegen rechtsextremer Ereignisse im nördlichen Bundesland. Allein für Mecklenburg-Vorpommern rechnet die Studie mit finanziellen Einbußen von 100 bis 200 Millionen Euro jährlich. Auch zeigten sich beispielsweise nach Überfällen auf ausländische Gewerbetreibende in Rheinsberg (Brandenburg) in dieser bei Touristen beliebten Stadt konkrete wirtschaftliche Folgen: „Die Übernachtungszahlen für den Sommer sind spürbar eingebrochen. Schuld daran sind die rechten Übergriffe“, meldete die „Berliner Zeitung“ vom 8. Mai 2006. „Rassismus schreckt Touristen ab“ titelte ein Jahr später bündig der „Tagesspiegel“. Und wenn in Reiseführern und durch Reiseveranstalter sogar vor Besuchen ostdeutscher Bundesländer gewarnt wird, sind das weitere deutliche Anzeichen über den Zusammenhang von Rassismus und Tourismus.

1.6. Ist die NPD eine antisemitische Partei?

Auf die Frage, ob die NPD eine antisemitische Partei sei, wird das Recht betont, auch an Juden Kritik üben zu können; außerdem wird behauptet, von jüdischer Seite werde ein „Schuld kult“ betrieben, der dazu diene, die Deutschen politisch zu erpressen und finanziell auszupressen.

In der Antwort bedient sich die NPD zunächst eines Tricks: Sie unterstellt, dass Kritik an Juden in der Bundesrepublik nicht möglich sei – dabei verrät ein Blick in die breite Presselandschaft in der Bundesrepublik Deutschland, dass dies regelmäßig passiert, ohne dass daraufhin der Vorwurf des An-

tisemitismus erhoben wird.

Mit der Argumentation, Antisemitismus sei die „Kritik an Juden“ – und weil die NPD dies tue, sei sie antisemitisch –, verfolgt die NPD einen doppelten Zweck: Sie will erstens diskursiv Übereinstimmung mit denen herstellen, die ebenfalls der Ansicht sind, dass „man Juden doch auch kritisieren dürfen muss“. Zweitens verschwindet hinter dieser Argumentationsfigur der Kern des Antisemitismus der NPD: Indem sie diese Frage im Abschnitt „Ausländerfrage“ unterbringt, macht sie deutlich, dass für sie Juden keine Deutschen sind. Die Geschichte der Juden im heutigen Deutschland reicht hingegen lange zurück; die erste jüdische Gemeinde ist für 321 nach Christus in Köln erwähnt. Mit der Behandlung der in Deutschland lebenden Juden als Ausländer/innen will die NPD diesen grundlegende Bürger/innenrechte nehmen.

Auch mit der Behauptung, die Juden würden einen „Schuld kult“ betreiben und sich an der Erinnerung an den Holocaust bereichern, hofft die NPD Unterstützung in den Teilen der Bevölkerung zu finden, die einen solchen sekundären Antisemitismus teilen. Der Hass der NPD gegen die Juden wird in der aggressiven Wortwahl der Handreichung deutlich, wo die legitime Beteiligung jüdischer Verbände am öffentlichen Diskurs als „Großmäuligkeit“ denunziert wird.

1.7. Bedarf es der Zuwanderung aufgrund des Bevölkerungsrückgangs?

Dem Argument, dass angesichts des Bevölkerungsrückgangs in Deutschland Einwanderung auch in Zukunft notwendig sei, begegnet die NPD mit dem Hinweis auf eine unterbliebene „zielgerichtete deutsche Bevölkerungspolitik“ und der Behauptung, dass die Einwanderung zu einer weiteren Erhöhung der Arbeitslosigkeit beitrage. Daher sei die „Massenausweisung von Ausländern“ der richtige Weg.

Der von der NPD beklagte Bevölkerungsrückgang ist eine Entwicklung, die in mehreren spätmodernen Industriegesellschaften zu beobachten ist, z.B. in Russland, Italien, der Ukraine oder Ungarn. Da diese Entwicklung nicht kurzfristig umzukehren ist, setzen manche Länder auf die Förderung der Einwanderung, um das notwendige Potenzial an Arbeitskräften und damit auch Beitragszahler/innen in die Sozialsysteme zu sichern. Da eine kurzfristige Änderung der Geburtenzahlen nicht zu realisieren ist (auch nicht mit der von der NPD geforderten „zielgerichteten deutschen Bevölkerungspolitik“), gibt es neben Qualifizierungsmaßnahmen für bereits in Deutschland lebende Arbeitskräfte lediglich die Möglichkeit der gesteuerten Einwanderung, um die für den Wirtschaftsstandort Deutschland notwendigen Arbeitskräfte zu haben. Gerade der Verzicht auf eine solche Politik, wie von der NPD gefordert, würde die Wirtschaft in Deutschland nachhaltig schädigen und damit zu weiterer Arbeitslosigkeit führen.

Die von NPD geforderte „zielgerichtete deutsche Bevölkerungspolitik“ will die Zahl der Geburten in „deutschen Familien“ fördern, u.a. durch finanzielle Anreize. Menschen mit Migrationshintergrund sollen von den entsprechenden Unterstützungsleistungen hingegen ausgeschlossen bleiben.

1.8. Schadet die NPD mit ihrer rassistischen Haltung dem deutschen Export?

Zu der Frage, ob die NPD mit ihrer Haltung dem deutschen Export schade, behauptet die NPD schlicht, dass „kein deutsches Produkt (...) im Ausland deswegen verschmäht [wird], weil die NPD erfolgreich ist“. Im Folgenden attackiert die NPD dann erneut die Einwanderung – insbesondere von „unqualifizierten Wirtschaftsflüchtlingen aus der Dritten Welt“, die als „Lohndrucker“ fungieren würden.

Die Wahlerfolge der NPD, ihr rassistisches und antisemitisches Programm und ihr geschichtsrevisionistisches Auftreten werden im Ausland verfolgt und kritisch zur Kenntnis genommen. Ob Unternehmen oder Konsument/innen im Ausland aus diesem Grund auf den Kauf von deutschen Produkten verzichten, ist empirisch nicht untersucht, also auch nicht in der Form kategorisch auszuschließen, wie es die NPD tut.

1.9. Was versteht die NPD unter „Volk“ und wer gilt ihr als „Deutscher“?

Mit den Fragen „Wer ist denn für die NPD ein Deutscher? Was versteht die NPD unter ‚Volk‘?“ spricht die NPD grundlegende Positionen ihrer Weltanschauung an. „Deutscher“ ist nach Ansicht der NPD, wer „in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde“, in die „Volksgemeinschaft“, aus der ein Ein- oder Austritt qua Willensakt nicht möglich sei. Als Teil des „deutschen Volkes“ verfüge diese Person dann über spezifische „körperliche, geistige und seelische Merkmale“, die sie von anderen „Völkern“ unterscheidbar mache.

In dieser Passage outet sich die NPD als Partei des Rassismus. Sie geht davon aus, dass „Völker“ aufgrund von biologisch feststellbaren Unterschieden über ein jeweils eigenes Profil an körperlichen, seelischen und geistigen Merkmalen verfügen. Solche Ideen sind inzwischen als wissenschaftlich völlig haltlos widerlegt worden.

Die gesamte moderne Menschheit stammt entwicklungsgehistorisch aus dem östlichen Afrika, von wo aus durch Migration der gesamte Erdball besiedelt wurde. Die etwa 130.000 Jahre, die dies gedauert hat, sind evolutionsgeschichtlich zu kurz, um – etwa in Europa – eine eigenständige „Rasse“ entstehen zu lassen. Moderne populations- und molekulargenetische Untersuchungen zeigen, dass eine Einteilung der Menschheit in „Rassen“ keinerlei genetische Grundlage besitzt, da sich

99,9 Prozent der Gene bei allen Menschen wiederfinden, egal von welchem Kontinent oder aus welchem Land sie stammen. Äußerliche Unterschiede wie Haut- und Haarfarbe, Haarstruktur und Nasenform des Menschen dienen lediglich der Anpassung an unterschiedliche Klima- und Ernährungsbedingungen und sind nur von einer kleinen Untergruppe von Genen bzw. durch unterschiedliche Aktivierung gleicher Gene bestimmt, wie die Epigenetik seit einigen Jahren eindrucksvoll zeigt. Sucht man nach genetischen Gemeinsamkeiten innerhalb einer ethnischen Gruppe und vergleicht diese mit einer anderen, so ist die Bandbreite der Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen weit geringer als die Bandbreite der Unterschiede zwischen verschiedenen Individuen, die ein und derselben Gruppe angehören.

Erweist sich die Annahme der NPD von abgrenzbaren Völkern mit genetisch vorbestimmten Merkmalen als hinfällig, so auch die Schlussfolgerung, dass der Mensch zwingend in Völkern lebe und seine Identität nur über die „Volkszugehörigkeit“ definiere. Anders als von der NPD behauptet, sind „Völker“ keine „Lebenstatsachen“, sondern soziale Konstruktionen.

Der Versuch der NPD, unter Verweis auf den Sachsen Heinrich I., der 919 deutscher König wurde, eine über tausendjährige Existenz eines „deutschen Volkes“ zu konstruieren, geht fehl. Dass sich Menschen als Teil eines Volkes verstehen, ist eine historisch recht junge Entwicklung; über Jahrhunderte waren andere Vergemeinschaftungsformen im Denken, Fühlen und Handeln der Menschen zentral, so etwa die Dorfgemeinschaft oder der Stamm.

1.10. Für welches Staatsbürgerschaftsrecht tritt die NPD ein?

Entsprechend ihrem Volksbegriff geht die NPD von einem Staatsbürgerschaftsrecht aus, bei dem die Abstammung, nicht jedoch der Geburtsort oder Lebensmittelpunkt ausschlaggebend ist. Sie fordert eine Rückkehr zum Staatsbürgerschaftsrecht von 1913 mit seinem „Blutsrecht“ und will das zum 1. Januar 2000 in Kraft getretene Staatsbürgerschaftsrecht rückgängig machen, das – erstmalig in Deutschland vom strikten Blutsprinzip abweicht – und eine erleichterte Einbürgerung für eine eng umrissene Zahl von Migrant/innen vorsieht.

Zu den wichtigsten Möglichkeiten, deutsche Staatsbürgerin bzw. deutscher Staatsbürger zu werden, gehören heute:

- ▶ Durch Geburt wird ein Kind Deutsche/r, wenn mindestens ein Elternteil zu dieser Zeit Deutsche/r ist;
- ▶ durch Geburt im Inland wird ein Kind Deutsche/r, wenn ein Elternteil zu diesem Zeitpunkt seit acht Jahren seinen gewöhnlichen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt;
- ▶ durch Antrag wird eine Person Deutscher, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllt.

Die NPD wertet die beiden letztgenannten Möglichkeiten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, sprachlich ab („Verleihung bedruckten Papiers“; „Papierdeutsche“, „Paßdeutsche“). Die Ablehnung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts

ist vom Ziel motiviert, die mit dessen Einführung verbundene Absicht einer besseren Integration langfristig in Deutschland lebender Migrant/innen rückgängig zu machen. Da die NPD die Staatsbürgerschaft an die „Volkszugehörigkeit“ knüpfen möchte, würden den eingebürgerten Migrant/innen grundlegende Menschen- und Mitwirkungsrechte wieder genommen.

1.11. Welchen Stellenwert misst die NPD den Menschenrechten bei?

Für die NPD gibt es unveräußerliche Menschenrechte nicht. Aus Sicht der NPD existiert der Mensch mit Rechten und Pflichten nur als Teil eines Volkes. Ebenso gibt es in der Weltsicht der NPD keine Menschheit als Gesamtheit aller Individuen, sondern nur als „Summe von Völkern mit unterschiedlichen nationalen Interessen und kulturellen Identitäten“ sowie Lebensräumen: „Wir sind alle Menschen, aber davon gibt es 6,5 Milliarden, die deshalb noch lange nicht das Recht haben, sich überall niederzulassen.“

Menschenrechte sind die in Humanismus und Aufklärung entwickelten, aus Naturrecht oder Vernunft abgeleiteten subjektiven Rechte eines jeden Menschen. Das Konzept der universellen Menschenrechte, wie es beispielsweise in den Erklärungen der Vereinten Nationen zugrunde gelegt ist – geht davon aus, dass jeder Mensch von Geburt an mit gleichen Rechten ausgestattet sein soll und diese egalitär begründeten Rechte unveräußerlich und unteilbar sind sowie allgemeine

Gültigkeit haben. Durch die Formulierung von Grundrechten in Verfassungen und internationalen Abkommen wurden die Menschenrechte als einklagbare Rechte ausgestaltet.

Die NPD präsentiert sich hier als Anti-Menschenrechtspartei. Sie will Menschenrechte nicht universal und umfassend gelten lassen, sondern nur unter der Maßgabe, dass sie den „Lebensinteressen des deutschen Volkes“ nicht zuwiderlaufen. Damit stellt die NPD beispielsweise das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, den Schutz vor Folter, vor Zwangssterilisation und Zwangskastration sowie die Freiheit von willkürlichen Eingriffen in die Privatsphäre, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, aber auch die Berufsfreiheit in Frage.

2. Wirtschafts- und Sozialpolitik

2.1. *Wie will die NPD Arbeitsplätze schaffen?*

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen wiederholt die NPD stereotyp einige Ansätze: den Ausschluss der migrantischen Bevölkerung vom Arbeitsmarkt und die Belastung von Importen mit hohen Zöllen. Zudem soll eine EU-Förderpraxis unterbunden werden, mit der Unternehmen dabei unterstützt werden, ihre Produktionsstätten von Deutschland nach Osteuropa zu verlagern. Schließlich soll die Kapitalmobilität eingeschränkt, sollen die Transportkosten erhöht und die D-Mark wieder eingeführt werden. Mit diesen Maßnahmen sollen der „Verarmungswettbewerb und die Arbeitsplatzvernichtung im Gefolge der Globalisierung“ eingedämmt werden.

Insgesamt handelt es sich um eine Politik der Renationalisierung, die die NPD vertritt. Eine solche Politik würde der auf den internationalen Märkten stark engagierten und von Exporten breit abhängigen deutschen Wirtschaft erhebliche Schäden zufügen, zahlreiche Arbeitsplätze vernichten und die Konsumfreiheit beschränken.

Hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne tritt die NPD prinzipiell für eine Politik ein, die auf einer grundlegenden Diskriminierung beruht. Im Kern schlägt die NPD drei ökonomische Handlungsstränge vor: erstens eine starke Verringerung des Angebots an Arbeitskräften, indem die migrantische Bevölkerung aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen wird. In anderen Texten wird auch der Verdrängung der Frauen

vom Arbeitsmarkt das Wort geredet; zweitens die Verbesserung der Angebotsbedingungen für Unternehmen, insbesondere beim selbstständigen Mittelstand; drittens Finanzierung von Arbeitsmarktprogrammen.

Die NPD fordert die Entscheidung „zwischen Sozialstaat und Einwanderungsstaat“. Dies ist eine falsche Gegenübersetzung und stellt zwei Entwicklungen (Arbeitsmigration und Arbeitslosigkeit) in einen ursächlichen Zusammenhang, der nicht existiert. Schließlich liegen in vielen Staaten die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der migrantischen Arbeitsbevölkerung weit auseinander. Zudem gilt für Deutschland, dass die Einwanderung seit Ende der 1950er Jahre maßgeblich zum ökonomischen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland und zur Schaffung gesamtgesellschaftlichen Wohlstands beigetragen hat.

In ihren Schriften tritt die NPD dafür ein, dass in Deutschland verbleibende Gewinne unbesteuert bleiben, damit sie für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden können. Offen bleibt hier jedoch, wie die NPD gewährleisten will, dass Gewinne tatsächlich beschäftigungswirksam investiert werden. Zur Besserung der Angebotsbedingungen der Unternehmen gehört auch die antigewerkschaftliche Politik der NPD, die auf die Auflösung der Tarifautonomie und die Zerstörung des Flächentarifvertrages durch Bildung von so genannten Betriebsgemeinschaften zielt.

2.2. Warum lehnt die NPD die Globalisierung ab?

Ihre Position zu Globalisierungsprozessen verdeutlicht die NPD mit drei Gedankengängen. Erstens gehe es dabei um „das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter Führung des Großen Geldes“. Zweitens reduziere die Globalisierung staatliche Steuerungsmacht und drittens treibe das Fehlen von Zollschränken und Kapitalverkehrskontrollen die „Hochlohnländer in einen ruinösen Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb mit Billiglohnländern“. Schließlich erpresse das „Globalkapital“ die Staaten hinsichtlich der an den Standorten geltenden sozialen und ökologischen Standards.

Die Beschreibung der NPD verweist auf zum Teil problematische Entwicklungen, verknüpft diese jedoch analytisch mit antisemitischen Erklärungsmustern und kommt zu einseitig nationalistischen Lösungsvorschlägen.

Für die NPD ist die Globalisierung ein Werk der Juden (und der USA), denn – so heißt es in der Handreichung – das „Große Geld“ sei „seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch“ und habe seinen Hauptsitz an der „Ostküste der USA“. Wo die NPD in negativer Weise über den Kapitalismus spricht, sieht sie auch in ihm ein vom „weltweiten Judentum“ dominiertes Phänomen. Tatsächlich jedoch sind in Marktgesellschaften alle Unternehmen darauf angewiesen, Gewinne zu machen, wenn sie nicht vom Markt verdrängt werden wollen.

Die Geschichte des Kapitalismus und die Globalisierung sind nicht von Juden bestimmt; Massenentlassungen und Lohndum-

ping haben die globale Entwicklung des Kapitalismus schon immer begleitet. Solange von der Internationalisierung des Wirtschaftslebens Unternehmen mit Stammsitz in Deutschland profitiert haben und negative Folgen nur im Ausland zu spüren waren, hat die NPD dies nicht kritisiert. Auch die Subventionierung von Betriebsansiedlungen und die damit zum Teil verbundene Senkung von Umweltschutzstandards sind keine Entwicklungen, die erst mit der Globalisierung eingetreten sind.

Angesichts der Verunsicherungen, die viele Menschen aufgrund der zunehmenden Globalisierung verspüren, zielt die NPD mit ihrer Propaganda darauf ab, diesen Ängsten ein rassistisches bzw. antisemitisches Erklärungsmuster unterzuschieben.

Die Kritik an den negativen Auswirkungen der Globalisierung ist kein Privileg der NPD; auf diese weisen zahlreiche Organisationen und Parteien schon seit langem hin. Globalisierung ist jedoch nicht rückgängig zu machen; sie sozial gerecht zu gestalten und Lohndumping und Billigkonkurrenz zurückzudrängen, funktioniert in erster Linie durch die Angleichung der Lebensverhältnisse in den europäischen Gesellschaften und die Schaffung einer weltweiten Sozial- und Wirtschaftsordnung, die auch die strukturellen Ungerechtigkeiten zwischen den Industrieländern und den Schwellen- und Entwicklungsländern zu beseitigen beginnt. Die NPD hingegen setzt auf nationalistischen Egoismus und schafft damit neues Konfliktpotenzial.

2.3. Warum ist die NPD gegen die EU?

Ihre Ablehnung der EU begründet die NPD in ihrer Handreichung zunächst mit der Abgabe von Entscheidungskompetenzen in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Währungs-, Haushalts- und Finanzpolitik an „EU-Oligarchien“. Hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik wird eine „fast schrankenlose Öffnung und damit Zerstörung des deutschen Arbeitsmarktes“ behauptet, in deren Folge es einen „massenhaften Austausch deutscher Belegschaften durch osteuropäische Lohndrücker“ gegeben habe. Zugleich würden Unternehmen in großem Umfang Arbeitsplätze in die neuen EU-Staaten verlagern, wobei die Ansiedlungen häufig durch EU-Subventionen unterstützt würden. Mit Blick auf die Währungs- und Haushaltspolitik heißt es in der NPD-Handreichung, diese verunmögliche eine „eigenständige Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit“ und stelle eine „Mini-Globalisierung“ dar, da durch die einheitliche Währung Transaktionskosten fielen und Auslandsgeschäfte attraktiver geworden seien. Auch folge die Arbeitsmarkt-Gesetzgebung den Vorgaben „der Neoliberalisten mit ihren ‚angebotsorientierten‘ Wirtschaftskonzepten“, zu denen „die rabiate Senkung der Sozialausgaben“ gehöre. Für die Finanzpolitik führt die NPD eine Untersuchung von Professor Dr. Franz-Ulrich Willeke (Universität Heidelberg) an, der zufolge die Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1958 bis 2002 insgesamt eine halbe Billion D-Mark an die EU überwiesen habe. Dieses Geld werde für den Bau von Infrastruktur und für

Subventionen in europäischen Ländern verwandt, während der Rücklauf nach Ostdeutschland zurückgehe. Die NPD tritt für einen Austritt aus der EU ein, der auch vertraglich möglich sei.

Mit Blick auf die EU-Ausgaben der Bundesrepublik ignoriert die NPD geblissentlich die hohen Geldflüsse der EU, die als Fördermittel beispielsweise des Europäischen Sozialfonds (ESF) oder des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) besonders auch den ostdeutschen Regionen zugute kommen.

Das Projekt der europäischen Einigung zielt auf eine enge Verflechtung der Mitgliedsstaaten und Gesellschaften der EU. Mit dieser Entwicklung sollen nationale Eifersüchteleien und Konkurrenzen – und die daraus in der Vergangenheit entstandenen Krisen und Kriege – endgültig beseitigt werden. Dazu ist die Beschneidung von Souveränitätsrechten notwendig, die jedoch von allen Mitgliedsstaaten in gleichem Maße erbracht werden. Als einheitlicher Wirtschaftsraum sollen mit der EU nicht nur ökonomische Stabilität, sondern auch ein Ausgleich unterschiedlicher Entwicklungsniveaus erreicht werden. Beim Niederlassungsrecht und dem Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes sind grundlegende Menschenrechte angesprochen, die humanitäre Gesellschaften auszeichnen.

2.4. Wie will die NPD ihre sozialpolitischen Forderungen finanzieren?

An dieser Stelle führt die NPD an, dass es an Geld in Deutschland nicht mangle; es sei jedoch „ungerecht verteilt“ und werde „vor allem für nichtdeutsche Aufgaben zweckentfremdet“. Die NPD verkündet, die „Auslands- und Ausländerzahlungen radikal“ zusammenstreichen zu wollen. Hierzu zählt sie „Sühnezahlungen an sogenannte NS-Opfer, kostenlose Waffenlieferungen an Israel, die Subventionierung der EU-Osterweiterung, Milliardenbeträge für Auslandseinsätze der Bundeswehr im Dienst der imperialistischen USA, Sozialleistungen für Ausländer und die Milliardenkosten des Asylbetruges“. Zusätzlich spricht sich die NPD für die „Erhöhung der Erbschafts- und die Einführung einer Vermögenssteuer“ aus, damit „auch die Spitzenverdiener wieder einen deutlichen Beitrag für die Volksgemeinschaft leisten“. Nicht die steuerliche Entlastung von Spitzenverdienern würde „Nachfrage und damit Arbeitsplätze“ schaffen, sondern „nur die Entlastung der Durchschnittsverdiener“. Mit diesen Maßnahmen behauptet die NPD, ein „nationales Aufbauwerk“ finanzieren zu wollen, bei dem Milliardenbeiträge in „deutsche Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, in deutsche Familien, Unternehmensgründungen und die sozialen Sicherungssysteme investiert“ würden.

Würde die NPD ihre Finanzierungsvorstellungen realisieren, so hätte dies gravierende negative Auswirkungen in verschied-

denen Bereichen: Der Rückzug aus internationalen Organisationen würde Deutschland international isolieren und zu einer Steigerung der Wahrscheinlichkeit internationaler Konflikte führen. Die Einstellung der moralisch gebotenen und rechtlich notwendigen Entschädigungszahlungen für die Opfer der Nazi-Verbrechen und der Unterstützung Israels würde die internationale Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig schädigen. Für die Opfer der NS-Gewaltpolitik, für die Entschädigungszahlungen als moralisches Anerkenntnis der an ihnen begangenen Verbrechen bedeutsam sind oder die durch sie zumindest symbolisch materielle Ansprüche (z.B. aus der Zwangsarbeit) anerkannt sehen, würde ein solcher Schritt einer Verhöhnung gleichkommen.

Hinsichtlich der Auslandseinsätze der Bundeswehr ist festzuhalten, dass diese nicht „im Dienst der imperialistischen USA“ stattfinden, sondern durch den Deutschen Bundestag in freier Entscheidung seiner Abgeordneten auch deshalb beschlossen wurden, um das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland auf der internationalen Bühne zu stärken. Die NPD will auch keine Abrüstung und die Überführung des dadurch eingesparten Geldes in die Sozialsysteme, sondern eine Militarisierung und Aufrüstung der Bundeswehr, u.a. mit Atomwaffen. Mit ihrer Hetze gegen die USA versucht sie, von anti-amerikanischen Stimmungen zu profitieren und heizt diese an.

Die Forderung nach Einführung einer Vermögenssteuer und der Erhöhung der Erbschaftssteuer ist keine originäre Erfindung der NPD; an der Kontextualisierung der Forderung durch

die NPD („Beitrag zur Volksgemeinschaft“) wird jedoch deren neonazistischer Charakter deutlich. Es geht nicht um eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller in Deutschland lebenden Menschen, sondern um eine soziale Spaltung entlang ethnischer Kriterien.

2.5. Warum ist die NPD gegen die EU, obwohl die ostdeutschen Bundesländer erhebliche Fördermittel aus Brüssel erhalten?

Diesem Argument hält die NPD den Gedanken entgegen, dass die den ostdeutschen Bundesländern seitens der EU bereitgestellten Finanzmittel nur einen Teil der Gelder ausmachen, die die Bundesrepublik Deutschland dem EU-Haushalt zur Verfügung stelle; ein „innerdeutscher Finanztransfer“ sei daher erheblich besser. Mit der Aufnahme von osteuropäischen Staaten in die EU würden die Fördergelder zudem zu deren Gunsten umgeschichtet.

Diese Argumentation verschweigt, dass es neben den Finanztransfers der EU in die ostdeutschen Bundesländer selbstverständlich auch umfangreiche Transferzahlungen aus den Bundeshaushalten gegeben hat. Wichtiger aber: Die mit den EU-Fördergeldern in den osteuropäischen Staaten angestrebte ökonomische und soziale Konsolidierung kommt der deutschen Wirtschaft unmittelbar zugute (Export) und zielt auf eine Reduzierung der Arbeitsmigration. Handelten alle EU-Staaten nach dem Prinzip, Fördergelder nur in die eigenen struktur-

schwachen Gebiete zu lenken und damit der NPD-Forderung nach „nationaler Präferenz“ zu folgen, würde die Kluft zwischen den reichen und den armen Gesellschaften wachsen. Eine Zukunft Europas als Zone der Stabilität und des Ausgleichs würde in weite Ferne rücken.

2.6. Schrecken NPD-Erfolge Investoren ab?

Gegenüber dieser These bietet die NPD-Handreichung drei recht unterschiedliche Er widerungen an. Zunächst sieht sie darin „Propagandabehauptungen einiger internationaler Konzerne, die damit die Deutschen einschüchtern und von der Vertretung ihrer nationalen Interessen abhalten wollen“. Um höhere Profite zu erzielen, solle der Sozialstaat zerstört werden. Da der Sozialstaat nur im nationalstaatlichen Rahmen funktioniere, sei die „Konzernhetze gegen die nationale Opposition“ gerichtet, die diesen verteidige („Das asoziale Kapital weiß, wer sein größter Feind ist: der Nationalismus, für den der Mensch, das Volk und nicht das Geld im Mittelpunkt steht.“). In einer zweiten Antwort behauptet die NPD, dass die Konzerne als Reaktion auf die NPD-Erfolge keine Arbeitsplätze abbauen könnten, da diese nie welche geschaffen hätten („Erst einmal soll das Kapital Arbeitsplätze schaffen, dann kann es auch mit der Streichung derselben drohen.“). Und schließlich argumentiert die NPD, dass Unternehmensentscheidungen über den Abbau von Arbeitsplätzen nicht „wegen eines Wahlausgangs“ (Einzug der NPD in den Landtag Sachsens) getroffen werden.

Die Annahme, dass Unternehmen in ihren Investitionsent-

scheidungen auch davon beeinflusst sein könnten, ob ihre Mitarbeiter/innen der Gefahr ausgesetzt sind, wegen ihres Äußeren oder ihres religiösen und kulturellen Bekenntnisses Opfer von rassistischen Gewalttättern zu werden, ist vor allem von Politiker/innen geäußert worden, die sich intensiv darum bemühen, in strukturschwachen Gebieten neue Arbeitsplätze zu schaffen. Unterlegt wurde sie durch eine Studie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, nach denen von 300 befragten Unternehmen elf (Ost) und fünf Prozent (West) ihre Entscheidungen durch das Vorhandensein von rechter Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in der Region beeinflusst sehen. Elf Prozent der ostdeutschen Unternehmen erlebten bereits Absagen von Bewerber/innen aufgrund von Fremdenfeindlichkeit, neun Prozent erfuhren diese, weil Bewerber/innen rechte Gewalt als negativen Standortfaktor ausmachten (Busmann/Werle 2004). Auch in den Medien wurde zu Recht darüber berichtet, dass die Wahlerfolge der NPD eine bedenkliche Zustimmung zu undemokratischer und rassistischer Politik verdeutlichen und damit keine Einladung an Investoren darstellen, in der Region zu investieren. Die Behauptung der NPD, hier seien internationale Konzerne mit dem Ziel der Einschüchterung am Werk, zeugt hingegen von der Lebendigkeit von Verschwörungstheorien bei der NPD.

Zwar war der Nationalstaat über lange Zeit der Bezugspunkt staatlichen Handelns und damit auch sozialstaatlicher Strukturen. Diese sind jedoch nicht automatisch mit dem Nationalstaat verknüpft und durch diesen garantiert, sondern viel-

fach erst Ergebnis sozialer Kämpfe oder damit verbundener Zugeständnisse. Die NPD denunziert entsprechende gewerkschaftliche Interessenvertretung jedoch als „materialistisch“.

2.7. Was kritisiert die NPD an den Arbeitsmarktreformen der „Agenda 2010“?

Die NPD bezeichnet die in den Jahren 2003 bis 2005 beschlossenen Arbeitsmarktreformen als „größten sozialen Raubbau der deutschen Nachkriegsgeschichte“, der für viele Betroffene „akute Armut“ bedeute. Als besonders skandalös gilt der NPD, dass das ALG II unabhängig von der Höhe des früheren Arbeitseinkommens gezahlt wird; dass auch langjährige Beitragszahler nur den Standardsatz bekommen („Beitragsdiebstahl“); dass mit der Vorschrift zunächst die Ersparnisse aufzubrauchen, die „Sparsamen bestraft“ werden; dass jede Arbeit als zumutbar gilt; dass mit der Möglichkeit von „Zwangsumsiedlungen“ bei über den Regelsätzen liegenden Mieten die „Gefahr der Ghettobildung“ steige; dass Menschen bis zum 25. Lebensjahr nur ausnahmsweise Wohngeld bekommen und daher häufig gezwungen sind, (wieder) bei den Eltern zu leben, was aufgrund der Regelungen zur häuslichen Bedarfsgemeinschaft zu einer weiteren Kürzung der Hartz IV-Zahlungen bei jungen Erwachsenen führe. Insgesamt sind die Neuregelungen für die NPD „asozial. Während das einfache Volk verarmt, kassieren die Großverdiener immer mehr (...). Hartz IV ist keine Arbeitsmarktreform, sondern ein Verbrechen am deutschen Volk.“

Die von der NPD angeführte Kritik dient vor allem dazu, dass sich die NPD als Partei der sozial Benachteiligten profilieren und deren Unzufriedenheit in völkische Bahnen lenken kann. Von den mit der Reform verbundenen Härten ist nach Aussage der NPD jedoch nur das „deutsche Volk“ betroffen. Damit wird die Situation derjenigen Migrant/innen, die ALG-II-Bezieher/innen sind, völlig ausgeblendet.

Bei der Selbst-Inszenierung als Verteidigerin sozialer Mindeststandards verschweigt die NPD, dass sie selbst die Finanzierung des Sozialstaats im bisherigen Umfang nicht mehr für machbar hält; die migrantische Bevölkerung will sie komplett vom Bezug von Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen ausschließen, und diejenigen, die ihrer Ansicht nach nicht arbeitswillig sind, sollen in einen Arbeitsdienst gepresst werden. So hieß es im Parteiblatt Deutsche Stimme im Oktober 2000: „Wer über Angebot und Nachfrage des freien Arbeitsmarktes keine Stelle bekommt, sollte vom Staat zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden.“

3. Allgemeine Fragen zur NPD

3.1. Warum ist man in der NPD?

Als „persönliche“ Statements bietet die NPD-Handreichung fünf Variationen an, die jeweils verschiedene Aspekte des Selbstverständnisses und der Selbstinszenierung der NPD hervorheben: so sei die NPD „die einzige Partei, die vorbehaltlos für die Lebensinteressen des deutschen Volkes“ und für „nationale Solidarität, nationale Identität und nationale Souveränität“ eintrete; sie sei „eine nationalistische Partei gegen alle anderen Parteien – also gegen die Parteien, die Ausländer, Randgruppen und dem internationalen Großkapital dienen, nicht aber den Deutschen“; die NPD sei die „einzige glaubwürdige Anwältin unseres Volkes“ und „Speerspitze eines neuen, sozial gerechten und deutschen Deutschlands“; schließlich wird die NPD als „idealistische deutsche Erneuerungsbewegung“ bezeichnet, die „der noch unter dem Schutt der Zeit liegenden Volksgemeinschaft den Weg ebnen“ werde.

In diesen persönlichen Bekenntnissen verdichtet sich schlagwortartig das gegenwärtige Selbstverständnis der NPD: ihr völkischer Nationalismus, die Inszenierung als Systemopposition und Vertreterin sozialer Gerechtigkeit. Letztere wird bei der NPD als Ausgrenzung und Entrechtung der migranischen Bevölkerung in Deutschland verstanden. Die Aufnahme des Punktes in die Argumentationshilfe soll wohl die Anhänger der NPD dazu ermutigen, sich selbstbewusst und offen zu ihrer Partei und Weltanschauung zu bekennen.

3.2. Was will die NPD?

In den Antworten auf diese Frage heißt es zunächst, dass die NPD „wieder Politik von Deutschen für Deutsche“ machen wolle, was „BRD-Minister und -Kanzler seit 1949 in ihrer Eidformel immer schwören und auch immer wieder brechen“ würden. Mit der angestrebten Politik unter dem Motto „Zuerst das eigene Volk“ solle praktiziert werden, was „überall auf der Welt (...) normal“ ist. Nur eine auf diesem Verständnis beruhende Politik werde „das große nationale Aufbauwerk“ ermöglichen, mit dem „die Mitteldeutschen aus wirtschaftlicher Verelendung, aus Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit“ befreit werden könnten. Zentraler Ansatz einer solchen Politik sei es, „deutsches Geld endlich für deutsche Aufgaben“ zu verwenden und „die Geldverschleuderung an Ausländer und das Ausland“ einzustellen.

Mit der von ihr angestrebten Politik hält die NPD nicht hinter den Berg: Sie will gesellschaftliche Ressourcen und Grundrechte, Bildung und Ausbildung, soziale Sicherungssysteme, Aufenthaltsrecht und politische Mitwirkungsrechte, nur noch dem Teil der in Deutschland lebenden Bevölkerung zubilligen, den sie als „deutsch“ bezeichnet. Die Behauptung der NPD, eine solche Politik der ethnischen Bevorzugung sei „überall auf der Welt normal“, ist schlichtweg Unsinn. Viele Staaten unterhalten Programme, mit denen die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft gefördert werden soll.

Worin das „große nationale Aufbauwerk“ in den ostdeutschen Bundesländern (die NPD spricht hier revisionistisch im-

mer von Mitteldeutschland) bestehen soll, hat die NPD bisher nicht konkretisiert. Deutlich ist sie jedoch hinsichtlich der Finanzierung: Die Sozialkassen sollen keine Leistungen für die migrantische Bevölkerung mehr erbringen, obwohl diese seit Jahrzehnten ebenso Beiträge eingezahlt hat. Bei dem Vorhaben der NPD handelt es sich schlicht um Diebstahl. Weitere Geldbeträge sollen durch den Austritt aus der EU und der NATO frei werden. Allerdings will die NPD die Bundeswehr aufrüsten, u.a. mit Atomwaffen. Durch die von der NPD angestrebte Autarkiepolitik und die damit verbundene internationale Isolierung würden gravierende ökonomische Nachteile entstehen.

3.3. Was versteht die NPD unter Nationalismus?

Zum Thema „Nationalismus“ führt die NPD aus, dass die Nation „eine Gemeinschaft von Menschen (ist), die durch Geburt zusammengehören“. Daher könne man Deutscher auch nur nach Herkunft bzw. Abstammung sein, nicht jedoch durch die Annahme der Staatsbürgerschaft werden. Damit grenzt sich die NPD auch explizit von einem Verständnis von Nation ab, das sich durch das Bekenntnis der Beteiligten zu gemeinsamen demokratischen Grundwerten konstituiert. Dies seien rein subjektive Maßstäbe, während in der NPD-Auffassung von Nation diese anhand „objektiver Merkmale“ wie gemeinsame Abstammung, Sprache, Kultur, Geschichte und Tradition als „staatsgewordene Gemeinschaft eines Volkes“ charakterisiert sei.

Für die NPD ist „die eigene Nation (...) der höchste ethische Wert“. Nach Aussagen der NPD beinhaltet ihr Nationalismus

keine Verachtung und Überheblichkeit gegenüber anderen Nationen. Die NPD tritt für die Wiedereinsetzung des „nationalen Imperativs“ (ein Volk, ein Staat) ein: „Ziel des deutschen Nationalismus ist ein freies und identitätsstarkes deutsches Volk unter anderen freien und identitätsstarken Völkern.“

Schließlich sieht die NPD im Nationalstaat den einzigen Garanten der Sicherung der „Lebensinteressen (...) der Deutschen“; dieser sei der „geopolitische Raum einer volklichen Selbstherrschaft, nur der Nationalstaat bringt staatliche Grenzen und Geltungsmacht mit nationalen Interessen und Wir-Gefühlen zur Deckung.“

Die von der NPD vertretene Konzeption der Nation ist völkisch. Die Frage, wie die NPD das Deutsch-Sein angesichts einer langen Migrationsgeschichte Deutschlands prüfen will und ob dabei an die Wiedereinführung eines faktischen Arier-Nachweises gedacht wird, ist von ihr bisher nicht beantwortet worden.

Die von der NPD als objektive Merkmale angeführten Faktoren sind jedoch alles andere als einschlägige Beweise:

- So ist die Behauptung irrig, Menschen gehörten aufgrund ihrer gemeinsamen Sprache natürlicherweise zusammen. Dass Menschen, die eine bestimmte Sprache sprechen, eine Gemeinschaft bilden, deren Mitglieder von anderen Menschen nicht nur durch die Form, in der sie sich ausdrücken, sondern auch in ihrem „Fühlen und Denken“ unterschieden seien, ist schlichtweg falsch. Historisch geht die Gründung des Nationalstaates der Durchsetzung

einer Amts- und Schriftsprache gegenüber Dialekten als verbindliches Verständigungsmittel voraus. So ist die allgemeine Verbreitung von Hochdeutsch Resultat und nicht Ursache der Gründung des Deutschen Reiches. Schließlich finden sich zahlreiche Nationen, die sprachlich heterogen sind (z.B. die Schweiz und die USA).

- Auch die Kultur ist nichts, worauf sich eine Nation gründen würde. Wenn sich spezifische Gepflogenheiten über genau eine ganze (Staats-) Nation verbreitet haben sollten, dann erst und nur deshalb, weil es diese bereits gab. Was sollte so unterschiedliche kulturelle Ausdrucksformen wie die ostfriesische Teekultur und das Weißwurstessen in Bayern als Teil einer „deutschen Nationalkultur“ ausweisen? Das Kriterium für eine solche Sortierung sind nicht etwa Ähnlichkeiten in den Sitten und Gebräuchen; vielmehr vollzieht sich die Bestimmung als typisch gelten der nationaler Eigenarten entlang von Staatsgrenzen.

Der „nationale Imperativ“ der NPD setzt zudem das biologische Wesen eines Menschen voraus, das ihn zu einem bestimmten Volk und damit zu einem klar abgegrenzten Nationalstaat gehören lasse. Tatsächlich ist aber das Blut überall rot, und weltweit gibt es nur die Blutgruppen O, A, AB und B. Irgendwelche „nationalen Charaktereigenschaften“ zu behaupten, hält der empirischen Überprüfung nicht stand: In jedem „Volk“ gibt es höchst unterschiedliche Menschen, die mit anderen Menschen aus „anderen Völkern“ mehr gemeinsame Interessen haben

als mit ihren „Volksgenossen“. Auch Haut-, Haar- und Augenfarbe, Religion oder Intelligenz taugen nicht dazu, die Zugehörigkeit verschiedener Menschen zu einem bestimmten Volk zu begründen.

Wir-Gefühle und Identitäten eines Menschen können sich auf ganz verschiedene Vergemeinschaftungen beziehen und zudem rasch wechseln; historisch ist die Idee, zu einem „Volk“ oder einer „Nation“ zu gehören, relativ jung. Über Jahrhunderte waren beispielsweise Dorfgemeinschaften und die Familie die primären Bezugsgruppen.

Dass die NPD die Nation als „höchsten ethischen Wert“ ansieht, ist von grundsätzlicher Bedeutung für den undemokratischen Charakter der NPD, denn damit werden die allgemeinen Menschenrechte diesem Wert untergeordnet. Bereits die Nationalsozialisten propagierten: „Du bist nichts. Dein Volk ist alles!“ Aus der von der NPD formulierten Prioritätensetzung ergibt sich auch die Notwendigkeit der Diskriminierung und Ausgrenzung all jener, die der (Zugehörigkeit zur) Nation keinen oder einen geringeren Wert zumessen.

Zwar behauptet die NPD, dass sie anderen „Völkern“ nicht mit Überheblichkeit begegne, die zur extrem rechten Weltanschauung gehörende Vorstellung vom „ewigen Völkerringen“, bei dem sich der Stärkere durchsetze, führt diese Sichtweise jedoch ad absurdum.

3.4. Wie steht die NPD zur Gewaltfrage?

Auf die Frage, wie die NPD zur Gewalt steht, behauptet die Partei, das Gewaltmonopol des Staates nie infrage gestellt zu haben und Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung abzulehnen; diese sei politisch kontraproduktiv und Ausdruck „geistiger Schwäche und fehlender Argumente“.

Zunächst fällt auf, dass die Antwort auf die Frage des Verhältnisses der NPD zur Gewalt die kürzeste ist, die in der gesamten NPD-Handreichung angeboten wird: Sie umfasst gerade einmal sieben Zeilen. Neben den Gewaltdrohungen, die von Teilnehmer/innen von NPD-Aufmärschen geäußert werden („Wir kriegen Euch alle!“, „Kein Vergeben, Kein Vergessen, auch Rote haben Namen und Adressen!“), lassen sich neben allgemein kriminellen Vergehen auch zahlreiche politisch motivierte Gewalttaten von NPD-Funktionären und -Aktivisten nachweisen, z. B.:

- ▶ Patrick Wieschke, NPD-Funktionär aus Thüringen, verurteilt wegen eines Sprengstoffanschlags auf einen Döner-Imbiss
- ▶ Stefan Köster, NPD-Landtagsabgeordneter in Schwerin, verurteilt wegen Körperverletzung, weil er auf eine am Boden liegende Frau eintrat
- ▶ Thorsten Heise, NPD-Bundesvorstand, verurteilt wegen diverser Delikte, unter anderem Körperverletzung und Volksverhetzung
- ▶ Norman Bordin, ehemaliger Vize-Chef der Jugendorganisation JN, verurteilt unter anderem wegen Körperverletzung

- ▶ Heinrich Förster, NPD-Kandidat aus Schleswig-Holstein bei der Bundestagswahl 2005, vorbestraft wegen versuchten Mordes
- ▶ Christian Hehl, NPD-Funktionär in Rheinland-Pfalz, diverse Vorstrafen, unter anderem wegen schwerer Körperverletzung
- ▶ Maik Spiegelmacher, langjähriger NPD-Funktionär in Mecklenburg-Vorpommern, vorbestraft wegen gemeinschaftlich versuchten Mordes
- ▶ Ingo Stawitz, NPD-Funktionär aus Schleswig-Holstein, vorbestraft wegen Körperverletzung
- ▶ Philipp Valenta, ehemals JN-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, verurteilt wegen Körperverletzung
- ▶ Peter von der Born, ehemaliger NPD-Kandidat in Schleswig-Holstein, diverse Vorstrafen, unter anderem wegen Körperverletzung
- ▶ Thorsten Crämer, ehemaliges NPD-Stadtratsmitglied in Schwelm (Nordrhein-Westfalen) verurteilt zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis wegen des Überfalls auf Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung am KZ-Mahnmal Kemna bei Wuppertal.
- ▶ Manfred Börm aus Niedersachsen, derzeit Mitglied des Parteivorstands und Leiter des Ordnungsdienstes, der 1979 wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurde, auf deren Konto u. a. der Überfall auf ein Waffendepot ging.

Auch in früheren Phasen der NPD-Parteigeschichte kam es immer wieder zu rechten Gewalttaten, so etwa während des Bundestagswahlkampfes 1969, als der damalige Leiter des Ordnungsdienstes in Kassel auf eine Gruppe von Gegendemonstrant/innen schoss und in Ulm ein Journalist bei einer NPD-Veranstaltung an Herzversagen starb, als es zu gewalttätigen Übergriffen des Ordnungsdienstes kam. Auch die von der NPD initiierte Aktion Widerstand gegen die neue Ostpolitik der Regierung Brandt war in einem solchen Ausmaß von Radau begleitet, dass sich die NPD schließlich von der Aktion distanzierte. Damals wie heute versucht die NPD, Gewalthandeln ihrer Mitglieder und ihres neonazistischen Umfelds, wenn es denn nicht mehr zu leugnen und aktenkundig geworden ist, als Notwehrhandeln zu rechtfertigen bzw. als individuelle Verfehlung kleinzureden.

Gewaltakzeptanz, Gewaltbejahung und Gewalttätigkeit sind fest in der Ideologie und Praxis der extremen Rechten verankert. Gewalt wird sozialdarwinistisch begründet, überhöht und gerechtfertigt, indem auf das Prinzip des Kampfes und des Überlebens des Stärkeren verwiesen wird. Diese vermeintlichen „Naturgesetze“ sollen auch innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Staaten und Völkern zu ihrem Recht kommen. Die Prinzipien friedlichen Interessenausgleichs, politischer Kompromissfindung und gegenseitiger Solidarität und Hilfe sind rechtsextremem Denken generell fremd. Öffentliche Absagen an Gewalt sind daher in der Regel taktisch oder strategisch motiviert.

3.5. Was hat die NPD gegen Europa?

Die NPD erklärt sich zur Gegnerin der EU („das Völkergefängnis (...), das Bürokraten, Wirtschaftslobbyisten und Einwanderungsideologen errichtet“ hätten), betont jedoch zugleich ihre „proeuropäische“ Ausrichtung. Statt einer als „Agentur der Globalkapitalisten“ fungierenden EU-Zentrale in Brüssel schwebt der NPD – im Sinne des früheren französischen Staatspräsidenten de Gaulle – ein „Europa der Vaterländer“ vor. Dessen Grundlage sei das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Dabei trete die NPD insbesondere für ein „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ein“, billige dies jedoch auch „jedem anderen Volk der Welt zu“. Durch einen solchen Ansatz werde der Unterschied zwischen „heutigem Nationalismus und gestrigem Chauvinismus“ markiert. Für die NPD sind „deutscher Nationalismus und europäisches Denken“ kein Widerspruch, da „alle Europäer gegen die amerikanischen Dollar-Imperialisten und Völkerunterdrücker zusammenstehen“ müssten.

Mit ihrer Kritik an der EU überzeichnet die NPD Fehlentwicklungen, die von verschiedenen Seiten beklagt werden, so etwa die Festschreibung einer marktradikalen Wirtschaftsordnung. Das Spezifische der NPD-Position ist die Klage über die Abgabe von Souveränitätsrechten der Nationalstaaten und die Kritik an der Möglichkeit zur freien Wahl des Wohn- und Arbeitsplatzes für EU-Bürger/innen. Außerdem kritisiert die Partei Zuwanderung nach Europa, als gebe es nicht umfangreiche Programme und Aktivitäten, beispielsweise FRONTEX, mit denen Einwanderung

in die EU im weit überwiegenden Maße gestoppt werden soll.

Die NPD tritt nicht für eine Demokratisierung und Weiterentwicklung der EU ein, sondern will stattdessen unter dem Titel „Europa der Vaterländer“ einen europäischen Bund völkisch homogener Staaten schaffen. Das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Prinzip: ein Volk = ein Staat) im Sinne der NPD würde zur Herausbildung zahlreicher neuer Kleinstaaten bzw. zum Zerfall existierender Staaten in Europa führen, da die NPD in Frankreich etwa der korsischen, der bretonischen oder der baskischen Bevölkerungsgruppe einen eigenen Staat zubilligen würde; aus Belgien würden zwei neue Staaten entstehen usw. usf. Der Logik des völkischen Nationalismus nach würde hingegen Deutschland als einziger Staat in Europa an territorialer Größe und Bevölkerungszahl zunehmen – schließlich will die NPD ja ein Großdeutschland in den Grenzen von 1937.

Das von der NPD entwickelte Modell eines Europäischen Staatenbundes sieht als zentrales Gremium ein Art Ministerrat vor, der, anders als das Europaparlament, nicht demokratisch legitimiert wäre. Angesichts dieses Gegenentwurfs ist ihre Kritik, dass die Strukturen der EU nicht demokratisch seien, verlogen.

Auch wenn die NPD behauptet, ihr Modell eines europäischen Staatenbundes habe mit „gestrigem Chauvinismus“, d.h. mit der Expansionspolitik des Nazi-Regimes nichts zu tun, so zielt es doch darauf, ein unter deutscher Führung und Kontrolle stehendes Europa in die Konfrontation mit den USA zu führen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund fordert die NPD in ihrer Parteizeitung für Deutschland die Verfügung über Atomwaffen.

3.6. Die NPD arbeitet mit einfachen Lösungen.

Gegen die Kritik, sie biete für komplexe gesellschaftliche Problemlagen (zu) einfache Lösungen an, behauptet die NPD, dass es für Fehlentwicklungen und Zusammenhänge, die sie als „offenkundig“ bezeichnet (z.B. den „Zusammenhang von Masseneinwanderung und Massenarbeitslosigkeit“), eben auch einfache Lösungen gibt. Massenausweisungen gelten der NPD dabei als „vom gesunden Menschenverstand diktierte Problemlösung“.

Die entscheidende Frage ist nicht, ob Antworten einfach sind oder nicht. Vielmehr kommt es darauf an, ob ihnen eine zutreffende Analyse von Ursachen und Wirkungszusammenhängen vorausgeht. An solchen mangelt es der NPD. Darüber können auch suggestive Formulierungen nichts ändern, die nur eine Form der Problembearbeitung behaupten.

Zwischen zwei zeitlich parallel stattfindenden Entwicklungen (hier: Migration und Arbeitslosigkeit) muss nicht notwendig ein ursächlicher Zusammenhang bestehen. Würde es den von der NPD unterstellten Zusammenhang geben, dann müsste in Sachsen-Anhalt, wo der Anteil von Migrant/innen an der Gesamtbevölkerung Ende 2009 bei 1,8 Prozent lag, nahezu Vollbeschäftigung anzutreffen sein; faktisch beträgt die Arbeitslosenquote jedoch 12,6 Prozent (Dezember 2009). Dass mitten in einer schweren Wirtschaftskrise die Arbeitslosenzahl von aktuell rund 3,3 Millionen Menschen zumindest nicht deutlich angewachsen ist, wurde nicht dadurch erreicht, dass

Menschen mit Migrationshintergrund von ihren Arbeitsplätzen verdrängt wurden, sondern liegt in arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wie der Kurzarbeit begründet. Auch die trotz Krise gestiegene Binnennachfrage hat hierzu beigetragen.

Die von der NPD als „offenkundige“ Lösung propagierte Abschiebung von nach Ansicht der NPD 15 Millionen willkürlich als „fremd“ definierten Menschen ist – völlig unabhängig von dem unmenschlichen Gedankengut, das zu einer solchen Forderung führt – weder völkerrechtlich und politisch noch organisatorisch und technisch überhaupt realisierbar. Sie würde ohne Zweifel entweder scheitern oder aber in eine neue Vernichtungspolitik münden.

3.7. Wie steht die NPD zum Grundgesetz?

Als primären Kommentar führt die NPD-Handreichung an, dass das „Grundgesetz ein Diktat der westlichen Siegermächte“ gewesen sei, über das „das deutsche Volk (...) nie in einer Volksabstimmung“ habe befinden können. Es sei hohe Zeit, so die NPD, mittels einer Nationalversammlung eine Verfassung zu beschließen, „in der Volksabstimmungen verankert, ein volksgewählter Bundespräsident mit starken Vollmachten institutionalisiert und der schädliche Parteieneinfluss beschnitten zu sein hätten“. Am gegenwärtigen Grundgesetz kritisiert die NPD zudem die „Menschenrechtstümelei“, d.h. die Verankerung von Grundrechten, die für alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen gelten sollen. Schließlich hebt die NPD-Handreichung positiv Grundgesetz-Artikel wie

Art. 6 (besonderer Schutz der Familie), Art. 14 (Sozialverpflichtung des Eigentums) oder Art. 20 hervor, als deren Verteidigerin sich die NPD bezeichnet, da „die politische Klasse“ gegen „diese und viele andere Bestimmungen des GG – wie die Versammlungs- und Meinungsfreiheit oder das Verbot von Angriffskriegen“ verstoße.

Die NPD lehnt das Grundgesetz in der bestehenden Form ab, insbesondere, weil in ihm die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz fixiert ist und der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöser oder politischer Anschauungen oder Behinderung eine Absage erteilt wird. Die NPD will das Grundgesetz und damit die Gültigkeit grundlegender und allgemeingültiger Menschenrechte abschaffen und an seine Stelle eine Verfassung setzen, in der die Meinungsvielfalt beschnitten würde, ganze Bevölkerungsgruppen entrechtet und ausgeschlossen sowie autoritäre Führerstrukturen etabliert würden. Schon heute fordert die NPD die Einführung der Todesstrafe, die durch Artikel 102 Grundgesetz abgeschafft ist.

Die positive Bezugnahme auf Familie und Ehe, von der die NPD spricht, ist de facto jedoch von dieser unter den Vorbehalt des Völkischen gestellt, gilt also nur für „volksdeutsche“ Familien; aus dem Artikel 20 des Grundgesetzes leitet die NPD für sich ein „Widerstandsrecht“ zur Umsetzung ihrer politischen Ziele ab.

3.8. Warum spricht die NPD von Mitteldeutschland?

Unter der Bezeichnung „Mitteldeutschland“ versteht die NPD das Territorium der früheren DDR. Sie verwendet diesen Begriff, um zu verdeutlichen, dass Deutschland „historisch größer als die Bundesrepublik“ sei und die in Polen liegenden Städte Gdansk und Wroclaw als deutsche Städte zu betrachten seien. Einer „nationalen deutschen Regierung“ sei es aufgetragen, die polnische Regierung unter Druck zu setzen, um ein „Eingeständnis historischer Schuld“ durchzusetzen und den „Forderungen der Vertriebenen“ Geltung zu verschaffen, wozu auch ein Niederlassungsrecht und die Möglichkeit der „Rückkehr in ihre siebenhundertjährige Heimat östlich von Oder und Neiße“ gehörten.

Traditionell und vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges bezeichnete der Begriff „Mitteldeutschland“ die Territorien Sachsens, Thüringens, aber auch Frankens und Hessens, die landschaftlich durch das Mittelgebirge geprägt und sprachlich durch mitteldeutsche (im Gegensatz zu ober- und niederdeutsche) Dialekte und Mundarten gekennzeichnet waren. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Teile von Sachsen-Anhalt gehören traditionell eindeutig zu Ostdeutschland („Ostelbien“).

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Begriff „Mitteldeutschland“ zu einem Schlüsselbegriff in der politischen Programmatik der extremen Rechten und unterstreicht in der Verwendung durch die NPD den Anspruch auf

Gebietsrevisionen zugunsten Deutschlands. Die NPD tritt für die Rückverschiebung der deutsch-polnischen Grenze und die Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von Ende 1937 ein. Dementsprechend sollen Schlesien, Ost-Pommern, Ost-Brandenburg und Ostpreußen wieder Teil des – neu zu schaffenden – „Reichs“ werden.

Die NPD behauptet, dass der Zweite Weltkrieg von Polen begonnen bzw. provoziert wurde. Tatsächlich war der Überfall der Wehrmacht Teil eines lange gehegten Planes zur gewaltsamen Revision des Versailler Vertrages und Auftakt des militärisch gestützten Ziels, Deutschland in Europa die Vorherrschaft zu sichern. Um die Invasion Polens zu rechtfertigen, wurden mehrere Vorfälle inszeniert. Der bekannteste ist der vorgetäuschte Überfall auf den Sender Gleiwitz von verkleideten SS-Angehörigen am 31. August 1939. Über den Sender verbreiteten sie in polnischer Sprache eine gefälschte Kriegserklärung Polens gegen das Deutsche Reich.

Nach dem Sieg über Polen wurden nicht nur die nach dem Versailler Vertrag abgetretenen Gebiete, sondern darüber hinaus weite Bereiche Zentralpolens einschließlich der Stadt Łódź wieder in das Deutsche Reich eingegliedert. Der Rest des von deutschen Truppen besetzten Polens wurde deutsches Generalgouvernement; die folgende Besatzung war von extremen Repressalien der Besatzer gegen die Zivilbevölkerung geprägt. Deportationen zur Zwangsarbeit waren nur die sichtbarste Ausprägung, insbesondere die polnischen Juden und die intellektuellen Eliten des Landes wurden Opfer der NS-Vernichtungspolitik.

Der Verlust der früheren deutschen Ostgebiete ist Ergebnis des von den Nationalsozialisten angezettelten Zweiten Weltkrieges.

Die DDR erkannte im Görlitzer Grenzabkommen mit der Volksrepublik Polen (6. Juli 1950) die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen an. Diese Sichtweise wurde von den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland zunächst nicht geteilt; erst seit 1970 erkannte die Bundesrepublik Deutschland mit dem Warschauer Vertrag faktisch die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Polen an. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag (Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 15. März 1991) und dem Deutsch-Polnischen Grenzvertrag (16. Januar 1992) gab Deutschland völkerrechtlich verbindlich seinen Anspruch auf die deutschen Ostgebiete auf. Der Deutsch-Polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (16. Januar 1992) erkennt die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen an.

Gegenüber den zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen eingeleiteten Maßnahmen – beispielsweise eine intensiverte grenznahe Zusammenarbeit und die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission – bedeutet die NPD-Position eine Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens der beiden europäischen Völker.

3.9. Die NPD betreibt Angstmacherei und schlägt Kapital aus der Verunsicherung der Menschen.

In diesem Zusammenhang argumentiert die NPD, dass sie lediglich die „Ängste und Sorgen deutscher Menschen“ ernst nehme, die von anderen Parteien seit langem ignoriert würden. Weil die NPD als einzige Partei beispielsweise auf die Migrationsfolgen eines EU-Beitritts der Türkei „mit einem Wanderungspotenzial von zehn bis zwanzig Millionen Türken“ aufmerksam mache und die EU-Subventionszahlungen für ein EU-Mitglied Türkei benenne, würde die NPD wachsenden Zuzpruch bekommen.

Ob hinsichtlich des EU-Beitritts der Türkei oder der EU-Osterweiterung – stets behauptet die NPD, millionenfache Migrationsbewegungen nach Deutschland seien die Folge. Die von ihr in diesem Zusammenhang gelegentlich genannten Zahlen stammen aus methodisch zum Teil unzuverlässigen Trendfortschreibungen und Hochrechnungen. Die Vorstellung, dass bei einer aktuellen Bevölkerungszahl von etwa 80 Millionen „zehn bis zwanzig Millionen Türken“ nach Deutschland einwandern würden, ist nichts anderes als Angstmacherei.

Wenn die NPD zugleich Transferzahlungen attackiert, die auf die Reduzierung struktureller Entwicklungsrückstände, die Verringerung des Wohlstandsgefälles und damit auch eine Reduzierung der Migrationsbewegungen zielen, bleibt für die von der NPD geforderte „Abwehr der Migration“ nur der Einsatz von massiver Gewalt.

Angst ist ein zentrales Motiv in der extremen Rechten. Ihre Ideologie ist auf vielfältige Weise durch Ängste und Drohszenarien geprägt: Angst vor der Vergangenheit, der man sich nicht zu stellen bereit ist, Angst vor der Gegenwart, deren politische Bewältigung man durch Opposition aus Prinzip nicht in Angriff nimmt, und Angst vor der Zukunft, vor dem gedanklichen Durchspielen von Utopien und alternativen Konzepten. Die Vorstellung eines voranschreitenden Kulturzerfalls und die Vision einer Katastrophe, wie sie in der extremen Rechten vorherrschen, werden als Kulturpessimismus bezeichnet. Typisch für die NPD ist es, diejenigen Themen aufzugreifen, die für viele Menschen mit berechtigten Sorgen oder irrationalen Ängsten verbunden sind, um so ihre eigentliche völkische Programmatik verbreiten zu können.

3.10. Ist die NPD eine antidemokratische Partei?

Dieser Kritik begegnet die NPD zunächst mit dem Hinweis, dass sie antiliberal, aber nicht antidemokratisch sei. Dabei setzt die NPD den Liberalismus mit der „Herrschaft von Parteien und Interessengruppen“ gleich, „deren Bühne und Exekutionsorgan volksabgehobene Parlamente“ seien. Nach Ansicht der NPD werde der Staat zum „Schacher- und Kompromissobjekt“ der Parteien und Interessengruppen. Demgegenüber formuliert die NPD ihr Demokratieverständnis, bei dem in einem „plebiszitären Präsidialsystem (...) die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen“ befreit würde. Als Grundlage eines solchen

Demokratieverständnisses verweist die NPD-Handreichung auf den, mit Blick auf seine Rolle als intellektueller Wegbereiter und Stütze des Nationalsozialismus äußerst ambivalenten, Rechtsphilosophen und Staatsrechtler, Carl Schmitt, der von der „Identität von Regierten und Regierenden“ gesprochen habe. Schließlich behauptet die NPD noch, dass sie deshalb demokratisch sei, weil „Demokratie (...) immer an ein konkretes, homogenes Staatsvolk gebunden“ sei.

Die NPD unternimmt hier den Versuch, sich dadurch ein demokratisches Image zu geben, indem sie ein ganz spezifisches Verständnis von Demokratie propagiert. Die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland basiert auf einem Grundrechtskatalog, einer plural verfassten Gesellschaft und einem repräsentativen, parlamentarischen Verfassungsstaat, in dem die politischen Parteien einen zentralen Platz einnehmen. Dieses Modell lehnt die NPD ab und versucht, aus vielfach empfundenen Legitimations- und Repräsentationsdefiziten der Verfassungswirklichkeit politischen Profit zu schlagen.

Das von der NPD propagierte Modell der „identitären Demokratie“ führt in dreifacher Hinsicht zu einer Entdemokratisierung:

- Die Forderung, dass „Demokratie an ein konkretes, homogenes Staatsvolk“ gebunden sein müsse, bedeutet in der Konsequenz der völkischen Ideologie den Ausschluss aller Menschen mit Migrationshintergrund aus politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen. Hier soll eine

umfassende Entrechtung an die Stelle allgemeingültiger Menschenrechte treten.

- Statt antiautoritärer Modelle direkter Demokratie (z.B. auf kommunaler Ebene) geht es der NPD um die Stärkung zentraler Strukturen und die Inthronisierung eines starken Staatspräsidenten, der auch den Kanzler ernennt.
- Mit der Vorstellung der „Identität zwischen Führern und Geführten“ und der Forderung, dass der Staat über den „Egoismen der Gruppen“ zu stehen habe, verliert der Grundwert der Pluralität der Interessen, die gesellschaftlich um Anerkennung ringen, an Bedeutung. Die Idee, alle Angehörigen eines Volkes hätten im Grundsatz dieselben Interessen, entspricht nicht der gesellschaftlichen Realität.

Der von der NPD angeführte Staatsrechtler Carl Schmitt trug zur Zerstörung der Weimarer Republik bei, begrüßte ab 1933 die Führerherrschaft Hitlers und legitimierte die Expansionspolitik der Nazis. Er ist in der Tat der geeignete Kronzeuge für die Beseitigung des parlamentarischen Verfassungsstaates und des Parteienpluralismus zugunsten eines autoritär geführten „Volksstaates“.

3.11. Die NPD redet von der „Volksgemeinschaft“ – davon haben bereits die Nazis gesprochen.

An dieser Stelle argumentiert die NPD zunächst damit, dass etwas nicht deshalb automatisch schlecht sein müsse, weil es bereits bei den Nazis existiert hätte: „Die Forderung ‚Gemein-

nutz geht vor Eigennutz‘ ist doch nicht falsch, nur weil sie von den Nationalsozialisten erhoben wurde.“ Diesen Grundgedanken überträgt die NPD dann auf die „Idee einer solidarischen Volksgemeinschaft“, deren Erfindung zudem wesentlich älter als der Nationalsozialismus sei. In diesem Kontext wird von der NPD auf den Soziologen Ferdinand Tönnies und dessen Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ verwiesen, der „gewachsene Einheiten mit hoher emotionaler Bindekraft und Loyalitätsempfindung wie Familie und Volk („Gemeinschaft“)“ von „politisch-ökonomischen Zweckverbindungen wie Parteien und Verbände („Gesellschaft“)“ geschieden hätte. Die Quintessenz der NPD-Position lautet: „Die Volksgemeinschaftsidee ist also vor-nationalsozialistischen Ursprungs und von zeitloser Gültigkeit.“

Mit der Verwendung der Formel „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ versucht die NPD, an eine gesellschaftlich weit verbreitete Kritik an rücksichtslosem, nur auf den eigenen Vorteil ausgerichteten Handeln anzuknüpfen. Die Forderung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ fand sich bereits auf dem ersten Flugblatt der NSDAP (Anfang 1920) und kurze Zeit später im Parteiprogramm der NSDAP, dort als Konzept der „Volksgemeinschaft“ bereits eng verbunden mit antisemitischer Hetze. Für die NS-Diktatur gehörten zur Herstellung der „Volksgemeinschaft“ auch die Ausgrenzung und Ausschaltung aller, die als „volksfremd“ definiert wurden: Ohne die Idee der Volksgemeinschaft hätte es keinen Massenmord an den europäischen Juden geben können. Für die NPD macht dies die von der

NSDAP erhobene Forderung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ nicht falsch.

NPD und NSDAP stellen eine enge Verbindung der Formel „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ zur Idee der „Volksgemeinschaft“ her; in beiden wird die Vorstellung propagiert, dass das Individuum mit seinen Lebensentwürfen bedeutungslos sei und hinter dem zurückzustehen habe, was als „Wohl des ganzen Volkes“ ausgegeben wird. Das Bekenntnis zur völkischen „Glaubens- und Kampfgemeinschaft“ ist von zentraler Bedeutung und führt notwendig zur Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen, wie sie die NPD auch fordert.

Tatsächlich ist die Idee der „Volksgemeinschaft“ nicht von den Nazis erfunden worden; schon um 1900 fand sie in verschiedenen völkischen Bewegungen als Gegenbild zur modernen, von Konflikten und sozialen Gegensätzen geprägten Gesellschaft Verwendung. Ihr antidemokratischer Gehalt äußerte sich im Antipluralismus, in der Vorstellung organischer „Volkskörper“ und der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten. Die Nazis radikalisierten diese Grundstruktur und konnten sich schließlich des staatlichen (Gewalt-)Apparates bedienen, um die Idee der „Volksgemeinschaft“ mit materiellen Anreizen und brutaler Gewalt voranzutreiben.

Im Rahmen ihrer Argumentation führt die NPD den Soziologen Ferdinand Tönnies mit seiner Unterscheidung von „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ als Kronzeugen an. Tönnies, zeitweise aktiver Parteigänger der Arbeiterbewegung und Mitglied der SPD, hatte seit Ende der 1920er Jahre in Kiel vor der

NSDAP gewarnt. Er war über das Aufgreifen seiner soziologischen Theorien durch die nationalsozialistische Bewegung entsetzt und schrieb zwei Jahre vor seinem Tod an seinen Sohn Gerrit: „Einige sagen (...), es sei der Erfolg meiner Theorie von Gemeinschaft und Gesellschaft, der in der NS-Ideologie vorliege, und es ist dafür einiger Grund vorhanden.“ 1933 zwangen ihn die Nazis dazu, unter Verzicht auf seine Pensionsansprüche seine universitäre Tätigkeit aufzugeben. Die NPD kann sich seiner Unterscheidung nur bedienen, indem sie unterschlägt, dass Tönnies für die Entwicklung der modernen Gesellschaft zwar eine Stärkung von Gemeinschaft empfohlen hat, diese aber nicht im Völkischen sah, sondern in selbst organisierten Arbeits- und Sozialformen der Arbeiter.

3.12. Was meint die NPD, wenn sie von „Reich“ redet?

Hier führt die NPD zunächst an, dass es bei der Wiederherstellung des Reiches nicht an eine „Wiederherstellung des Dritten Reiches“ gedacht sei, sondern an die „Wiederherstellung deutscher Staatlichkeit und nationaler Selbstbestimmung in Gestalt des Deutschen Reiches“. Dieses existiere fort, auch wenn es seit der Verhaftung der Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 nicht mehr souverän und handlungsfähig sei. Die „Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“ wird von der NPD als Ziel ausgegeben.

In ihrer Argumentation zum Thema „Reich“ bleibt die NPD sehr vage. Während das Thema von ihr in der breiteren Öf-

fentlichkeit kaum propagiert wird, ist es in den vergangenen Jahren innerhalb der NPD breit diskutiert worden. Hinter der Formulierung, man strebe die „Wiederherstellung deutscher Staatlichkeit und nationaler Selbstbestimmung in Gestalt des Deutschen Reiches“ an, verbergen sich sowohl Vorstellungen eines „großdeutschen Reiches“, welches territorial weit über das gegenwärtige Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hinausreicht und damit die gegenwärtige Friedensordnung in Mitteleuropa gefährdet, als auch die Beseitigung der gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie mit ihrem Grundrechtskatalog. Entsprechend bekannte man sich in der NPD-Parteizeitung dazu, dass die zur Errichtung des „Reiches“ notwendige Beseitigung der gegenwärtigen politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, ein „Anti-Reich“ in der Sprache der NPD, mit dem Grundgesetz unvereinbar ist (Deutsche Stimme 2/2000, S. 14). Zur inneren Struktur eines solchen „Reiches“ würden eine extreme Zentralisierung staatlicher Strukturen und Entscheidungsabläufe um ein mit großen Vollmachten ausgestattetes Staatsoberhaupt (Führerprinzip) gehören; individuelle Grundrechte stünden unter dem Vorbehalt der diskriminierenden Selektion nach völkischen Kriterien.

Zur „Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“, wofür die NPD eintritt, würde beispielsweise die Rehabilitierung der als Kriegsverbrecher verurteilten Nazis gehören. Mit der Idee des „Reiches“ verbindet die NPD jedoch auch das Ziel, dass Deutschland in Europa wieder als Ordnungsmacht auftritt. Wo die NPD heute gegen die Beteili-

gung der Bundeswehr an angeblich von den USA aufgezwungenen Kriegen wettet, würde sie für „deutsche Interessen“ morgen selbst Soldaten entsenden.

3.13. Warum bekennt sich die NPD zur Wehrmacht und zur Waffen-SS?

In ihrer Antwortvorgabe bezeichnet die NPD die Wehrmacht als „Armee des damaligen Deutschland“, in der „unsere Väter und Großväter“ gedient hätten, weil sie entweder zum Dienst eingezogen wurden oder der Überzeugung gewesen seien, „ihre Heimat verteidigen zu müssen“. Hinsichtlich der Waffen-SS wird behauptet, diese habe mit den Totenkopfverbänden in den KZ nichts zu tun gehabt, sondern sei eine „Elite-Formation“ gewesen, deren „Tapferkeit und Ritterlichkeit“ auch beim Kriegsgegner betont wurden. Zudem verweist die NPD in entlastender Absicht darauf, dass der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl gemeinsam mit dem damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan in Bitburg auf dem Soldatenfriedhof der Gefallenen der Waffen-SS gedacht habe.

Die Argumentation der NPD zu Wehrmacht und Waffen-SS verharmlost die Bedeutung der beiden Organisationen für die rasseimperialistischen Kriege und die NS-Verbrechen erheblich. Führende Generäle hatten seit Mitte der 1920er Jahre Pläne zum Überfall auf die Sowjetunion entworfen; bei den militärischen Überfällen auf andere Länder ging es dem NS-Regime nicht um die „Verteidigung der Heimat“, sondern um die Erbeutung

von Gütern, die Kontrolle von Rohstoffen, die Eroberung eines Kolonialreiches im Osten (der so genannte „Lebensraum“) und die Ausrottung bzw. Versklavung großer Teile der Bevölkerung in Polen und der Sowjetunion. Diese Angriffskriege waren als solche bereits Verbrechen. In zahlreichen Studien ist inzwischen zudem die Beteiligung von Wehrmachtseinheiten und Waffen-SS-Verbänden an Verbrechen im Krieg nachgewiesen worden. Schließlich konnten die Nazis ihre Vernichtungspolitik an Juden, Sinti und Roma und anderen Bevölkerungsgruppen umso länger fortsetzen, je länger die Fronten gehalten wurden.

Die Waffen-SS geht auf verschiedene bewaffnete Verbände der SS zurück, darunter insbesondere die Totenkopf-Verbände, die zur Bewachung der Konzentrationslager eingerichtet wurden, aber auch auf die SS-Leibstandarte Adolf Hitler, die neben anderen Verbrechen für die Morde an Ernst Röhm und weiteren SA-Führern im Juni 1934 verantwortlich ist. Auch die Einsatzgruppen des Reichsführers SS, die für den Massenmord an Juden und anderen Verfolgten in Polen, der Sowjetunion usw. verantwortlich sind, waren Teil der Waffen-SS. Ein weiteres Charakteristikum der Waffen-SS bestand darin, dass sie als Elitetruppe der Nazis aus Freiwilligen bestand, die von der NS-Weltanschauung und dem rassistischen Überlegenheitsdünkel der Nazis besonders überzeugt waren. Sie kämpften besonders entschlossen, weil sie mit dem Untergang des NS-Regimes besonders viel zu verlieren hatten. Die KZ-Wachmannschaften der SS und die Kampfverbände waren nicht streng getrennt, das Personal rotierte. Die SS selbst war eine Gliederung der

NSDAP; als diese 1946 in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärt wurde, umfasste die zutreffende Charakterisierung auch die Verbände und Formationen der Waffen-SS.

Das Totengedenken, zu dem sich der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl am 5. Mai 1985 mit dem damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan in Bitburg auf dem Soldatenfriedhof traf, hatte das offizielle Ziel, eine Versöhnungsgeste zwischen den damaligen Kriegsgegnern zu sein. Die NPD polemisiert jedoch weiterhin gegen die USA, weil diese mit ihrem Einsatz im Zweiten Weltkrieg maßgeblich dazu beigetragen hat, Europa vom Faschismus zu befreien. Unter den namentlich genannten Toten auf dem Friedhof befinden sich 43 Soldaten, die eindeutig der Waffen-SS zugeordnet werden können; gegen das Bitburger Gedenken gab es vielfältige Kritik: So forderte das US-Repräsentantenhaus Ronald Reagan am 1. Mai 1985 mit einer breiten Mehrheit von 390 zu 26 Stimmen auf, wegen der dort ruhenden ehemaligen Waffen-SS-Mitglieder den Besuch in Bitburg nicht vorzunehmen. Die NPD verschweigt in ihrem Versuch der Vereinnahmung der Bitburger Veranstaltung freilich, dass Reagan auch dem ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen einen Besuch abstattete. Zudem stellen die Darstellungen von Wehrmacht und Waffen-SS in ihren Veröffentlichungen kein mahnendes Gedenken an die Schrecken des Krieges dar, sondern bestehen in einer Verherrlichung der „soldatischen Leistungen“ und der Europa-Ideologie der Waffen-SS, die freilich von den begangenen Verbrechen nicht zu trennen ist.

3.14. Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und der Nationalsozialismus.

In den in der NPD-Handreichung formulierten Antwortvorgaben wird zunächst gemahnt, zu diesen Thesen möglichst wenig zu sagen. In zwei Antwortvarianten wird damit argumentiert, dass Adolf Hitler tot und die NSDAP aufgelöst sei – beides also Themen der Vergangenheit seien. Demgegenüber komme es darauf an, sich mit den aktuellen gesellschaftlichen Problemen („Hartz IV, Globalisierung und Verausländerung“) zu beschäftigen. Die fortgesetzte Thematisierung Hitlers werde von Medienvertretern und Politikern betrieben, damit „die Deutschen (...) nicht zur Normalität gelangen und durch eine krankhafte Vergangenheitsbewältigung von der Vertretung ihrer nationalen Interessen abgehalten“ würden. Durch Fettdruck hervorgehoben verweist die NPD-Handreichung abschließend darauf, dass sich mit der Verschärfung des Volksverhetzungsparagrafen derjenige strafbar mache, der die Gewalt- und Willkürherrschaft der Nazis billigt, verherrlicht oder rechtfertigt. Mit dem Verweis auf diese Gesetzesregelung solle, so die NPD, in Diskussionen auf die „eklatante Einschränkung der Meinungsfreiheit“ hingewiesen werden, um dann nicht weiter zu diesem Thema Antwort geben zu müssen („sich die leidige Geschichtsdebatte zum Dritten Reich sparen“).

Tatsächlich hat mit dem Wechsel des NPD-Parteivorsitzes von Günter Deckert zu Udo Voigt auch ein Wechsel der Themen stattgefunden, auf die die NPD ihre Öffentlichkeitsarbeit

konzentriert. Allerdings hatte der Wechsel seinen Grund keineswegs darin, dass Deckert wiederholt den Holocaust geleugnet hatte und aus diesem Grunde verurteilt worden war. Statt der Relativierung oder gar Leugnung des Holocaust werden seit einigen Jahren insbesondere in Wahlkämpfen soziale Problemlagen und sozial- bzw. wirtschaftspolitische Entscheidungen (Arbeitslosigkeit; Sozialgesetzgebung; Privatisierung von öffentlichen Unternehmen) in den Mittelpunkt der NPD-Agitation gestellt.

Dass die NPD-Handreichung empfiehlt, den Themen „Vernichtung des europäischen Judentums“ und „Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“ in öffentlichen Diskussionen aus dem Weg zu gehen, hat insbesondere drei Gründe. Erstens ist man sich bewusst, dass bei diesen Themen mit einer schlichten Leugnung oder deutlichen Relativierung wenig Stimmen zu holen sind; zweitens sieht man die Gefahr, tatsächlich stark als „Ewiggestrige“ erkannt und beurteilt zu werden. Und drittens hilft eine Vermeidung dieses Themas sicherlich auch, die Zahl der Anklagen und Verurteilungen von NPD-Aktivistinnen wegen Verstoß gegen § 130 Absatz 3 Strafgesetzbuch (bis zu fünf Jahre Haft für das öffentliche Leugnen des Holocaust) gering zu halten.

Zugleich gibt es in den Publikationen und Pressemitteilungen zahlreiche Beispiele, in denen sich die NPD mit dem Anliegen verurteilter Holocaust-Leugner solidarisiert oder diese – wie im Falle des iranischen Ministerpräsidenten Ahmadinejad – wegen ihrer entsprechenden Äußerungen rühmt.

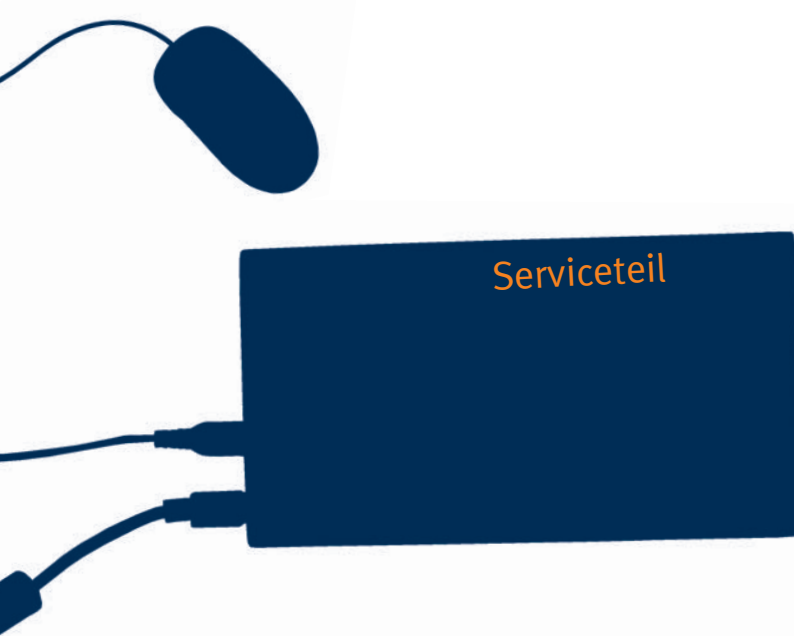
Der Deutsche Stimme-Verlag hat unzählige Publikationen im Angebot, in denen die beispiellosen (Kriegs-)Verbrechen der Nazis relativiert und die angeblich positiven Seiten der NS-Diktatur herausgestellt werden.

Vom Tod Hitlers und der Auflösung der NSDAP zu sprechen, dient der NPD ebenfalls dazu, das Thema in Diskussionen nicht vertiefen zu müssen. Es ist in diesem Kontext allerdings wichtig daran zu erinnern, dass die NSDAP durch alliierte Verfügung verboten und für aufgelöst erklärt wurde; eben diese Verfügungen der Alliierten erkennt die NPD nach eigenen Aussagen nicht an. Der Verweis auf den Tod Hitlers hat zudem mit einer Distanzierung von ihm und den von ihm mit zu verantwortenden Verbrechen nichts zu tun; zahlreiche andere hochrangige Funktionäre des Nazi-Regimes erfahren seitens der NPD explizit positive Würdigungen, so etwa Karl Dönitz, Nachfolger Hitlers als Reichspräsident. Auch Hitler selbst fand positive Würdigung durch den NPD-Parteichef Udo Voigt: „Zweifellos handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann“ (Interview mit der „Jungen Freiheit“ vom 24. September 2004).

Zur NPD-Handreichung gehört auch die Argumentationsfigur, die Erinnerung an die und die Auseinandersetzung mit den von Deutschen begangenen Verbrechen sei „krankhaft“ und stehe einer „Normalisierung“ im Wege. Hierzu ist zunächst daran zu erinnern, dass es selbstverständlich nicht darum geht, denjenigen, die später geboren wurden, Schuld an der Vergangenheit zuzuweisen oder ein schlechtes Gewissen zu

machen. Sie sind für die Verbrechen ihrer Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern nicht verantwortlich. Allerdings sind die Nazi-Verbrechen Teil der deutschen Geschichte, deren Auswirkungen noch heute vielfach spürbar sind. Es ist die Verantwortung geblieben, dass so etwas nicht wieder passieren kann. Hierzu ist eine Beschäftigung mit der Geschichte, den Ursachen der Verbrechen und den Tätern ebenso notwendig wie die Erinnerung an die Opfer. Die NPD versteht unter „Normalisierung“ hingegen, über die Verbrechen des NS-Regimes zu schweigen. Die deutsche Vergangenheit kann - wegen der unmenschlichen Verbrechen des Nationalsozialismus jedoch nicht als Normalität beschwiegen werden.

Schließlich versucht die NPD die Tatsache, dass die Leugnung des Holocaust und andere den Nationalsozialismus verherrlichende Hetze unter Strafe gestellt sind, als Angriff auf die Meinungsfreiheit zu denunzieren. Sie fordert die Abschaffung des § 130 StGB; würde dies geschehen, dann könnten sogar Parolen wie „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“ wieder straffrei geäußert werden.



Literaturhinweise

- ▶ Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. (Hg.) (2009): Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt. Magdeburg/Halle (Saale): Eigenverlag.
- ▶ Dies. (Hg.) (2009): Wider die Normalisierung: Die extreme Rechte nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern. Magdeburg/Halle (Saale): Eigenverlag.
- ▶ Dies. (Hg.) (2009): Rechtsextreme Krisendiagnostik. Magdeburg/Halle (Saale): Eigenverlag.
- ▶ Dies. (Hg.) (2009): Neonazis für den Frieden? Der 1. September in der politischen Propaganda der extremen

- Rechten. Magdeburg/Halle (Saale): Eigenverlag.
- ▶ Dies. (Hg.) (2009): „Nationale Öffentlichkeitsarbeit“. Praxis, Strategie und Ziele rechtsextremer Pressearbeit. Magdeburg/Halle (Saale): Eigenverlag.
- ▶ Dies. (Hg.) (2009): „Die deutsche Geschichte als Waffe gegen das System“ Warum Neonazis sich als legitime Nachlassverwalter der „Friedlichen Revolution“ inszenieren. Magdeburg/Halle (Saale): Eigenverlag.
- ▶ Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hg.) (2007): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- ▶ Begrich, Pascal/Weber, Thomas (2009): Zwei Jahre NPD-Vertreter in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Ein Forschungsbericht. Magdeburg: Eigenverlag.
- ▶ Beier, Katharina/Bogitzky, Jenna/Buchstein, Hubertus/Feike, Katharina/Fischer, Benjamin/Freyber, Pierre/Strüwing, Mathias/Wiedemann, Tim (2006): Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald: Steinbecker Verlag.
- ▶ Brodtkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hg.) (2008): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: Landtagsfraktion der SPD.
- ▶ Brandstetter, Marc (2006): Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten. Marburg: Tectum.
- ▶ Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Geißler, Norman (2006): Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre

Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- ▶ Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2008): Bewegung in der Mitte – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- ▶ Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weissmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar Brähler (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- ▶ Ehlich, Konrad (Hg.) (1989): Sprache im Faschismus. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- ▶ Flemming, Lars (2005): Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“. Baden-Baden: Nomos.
- ▶ Kailitz, Steffen (2007): Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD, in: Politische Studien 58, Themenheft 1/2007: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, S. 44-53.
- ▶ Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (2006): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition.
- ▶ NiP Redaktionskollektiv/Weiterdenken/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2008): Die NPD im Sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe. Dresden: Eigenverlag.
- ▶ Pörksen, Bernhard (2000): Die Konstruktion von Feind-

bildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- ▶ Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.) (2004): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis. Berlin, Ch. Links-Verlag.
- ▶ Speit, Andreas/Röpke, Andrea (2009): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Berlin: Ch. Links-Verlag.
- ▶ Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- ▶ Steglich, Hendrik (2005): Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004. Göttingen: V&R Unipress.
- Virchow, Fabian (2006): Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- ▶ Der. (2007): Die extreme Rechte als globalisierungskritische Bewegung? In: Niederbacher, Arne/Bernerburg, Ivonne (Hg.): Die Globalisierung und ihre Kritik(er). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 215-232.
- ▶ Ders./Dornbusch, Christian (Hg.) (2008): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag.
- ▶ Wagner, Wolf (2008): Die Rechtsextremen sagen... Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.

Argumentationshilfen und Handlungsempfehlungen

- ▶ Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. (Hg.) (2008): Streiten mit Neonazis? Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten, 2. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Magdeburg/Halle (Saale): Eigenverlag.
- ▶ Argumente und Kultur gegen Rechts e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. (Hg.) (2009): Argumentationshilfe gegen die ‚Schulhof-CD‘ der NPD mit dem Titel ‚BRD vs. Deutschland‘. Download unter: www.miteinander-ev.de
- ▶ Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (Hg.) (2008): Hinsehen – Wahrnehmen – Ansprechen. Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Berlin: Eigenverlag.
- ▶ Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens (Hg.) (2008): Nächstenliebe verlangt Klarheit. Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Dresden: Eigenverlag.
- ▶ Kulick, Holger/Staud, Toralf (Hg) (2009): Das Buch gegen Nazis. Was man wissen muss und wie man sich wehren kann. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

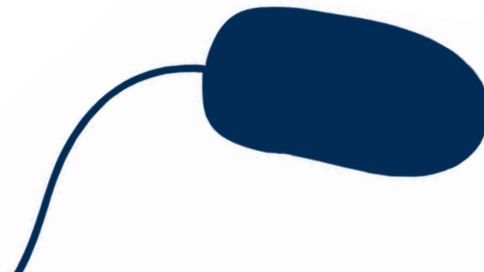
Weiterführende Internetangebote

- ▶ www.miteinander-ev.de
Internetseite des Vereins Miteinander mit einem umfangreichen Angebot an Publikationen sowie Informationen für Menschen, die sich gegen Nazis und für Demokratie engagieren wollen
- ▶ www.mobile-opferberatung.de
Internetseite der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt
- ▶ www.apabiz.de
Internetseite des Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. mit umfangreichen Dokumentationen zu neonazistischen Organisationen und Gruppen
- ▶ www.arbeitsstelle-neonazismus.de
Internetseite des Forschungsschwerpunkts „Rechtsextremismus und Neonazismus“ an der Hochschule Düsseldorf (FH)
- ▶ www.bpb.de
Die Bundeszentrale für politische Bildung hält umfangreiche Informationen und Handlungsempfehlungen zum Thema Rechtsextremismus zum Teil in eigenständigen Dossiers vor und stellt unter anderem auch Publikationen zur Verfügung
- ▶ www.bundespruefstelle.de
Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien veröffentlicht Informationen u.a. zur Indizierung von neonazistischen Druckwerken und Musik

- ▶ www.dasversteckspiel.de
Informations- und Bildungsmaterialien über Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen
- ▶ www.der-rechte-rand.de
Die Zeitschrift Der Rechte Rand informiert im Zweimonatsrhythmus über Ereignisse im politisch rechten Lager
- ▶ www.endstation-rechts.de
Endstation Rechts veröffentlicht aktuelle Informationen über Neonazis und insbesondere die NPD
- ▶ www.infothek-dessau.de
Die Infothek Dessau informiert zu neonazistischen Ereignissen mit Schwerpunkt auf Sachsen-Anhalt
- ▶ www.jugendschutz.net
Die Jugendschutzeinrichtung der Bundesländer mit Informationen zum Jugendschutz im Internet
- ▶ www.kompetent-fuer-demokratie.de
Internetseite des Bundesprogramms „Kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“
- ▶ www.lpb.sachsen-anhalt.de
Internetseite der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
- ▶ www.ms.sachsen-anhalt.de
Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt, Koordinierungsstelle für das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt

- ▶ www.mut-gegen-rechte-gewalt.de
Internetportal der Amadeu Antonio Stiftung Berlin und des Wochenmagazins Der Stern
- ▶ www.npd-blog.info
Der NPD Blog veröffentlicht aktuelle Informationen zur NPD und dokumentiert ihre Aktivitäten
- ▶ www.netz-gegen-nazis.com
Internetportal der Wochenzeitung Die ZEIT mit Informationen zum modernen Rechtsextremismus
- ▶ www.sachsen-anhalt-guckt-hin.de
Landeskampagne „Hingucken! Einmischen! Für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt“
- ▶ www.vielfalt-tut-gut.de
Internetseite des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“

Die Herausgeber machen darauf aufmerksam, dass für die Websites, auf die hier verwiesen werden, allein die jeweiligen Anbieter die Verantwortung tragen. Die Herausgeber sind für den Inhalt Dritter nicht verantwortlich und übernehmen keinerlei Gewähr für die dortigen Angaben.



Über Miteinander e.V.

Wir beraten Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus und für eine vitale demokratische Kultur stark machen. Wir beobachten und analysieren die Aktivitäten der extremen Rechten. Unsere Erkenntnisse stellen wir der Öffentlichkeit zur Verfügung. Wir sind zur Stelle bei akuten rechtsextremen Ereignissen und begleiten Menschen vor Ort bei einer langfristigen Strategieentwicklung. Unser Leitsatz ist dabei: Arbeit gegen Rechtsextremismus ist Arbeit für eine offene und demokratische Kultur.

Wir beraten, begleiten und unterstützen Betroffene von rechter Gewalt und deren soziales Umfeld und intervenieren gemeinsam mit ihnen. Wir setzen uns dafür ein, dass Betroffene rechter Gewalt ihre Rechte wahrnehmen können und die Perspektive der Opfer in der Öffentlichkeit präsent ist. Unsere Beratung ist für die Betroffenen parteilich, aufsuchend und vertraulich.

Wir bilden Multiplikator/innen fort und gestalten innovative Bildungsprojekte. Wir klären über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus auf und fördern die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Wir leisten präventive Arbeit zur Stärkung demokratischer Einstellungen und Zivilcourage. In unseren Projekten wird Demokratie und Menschenwürde erlebbar. Wir vernetzen und unterstützen lokale Initiativen und Träger, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Und: Wir bringen neue Ideen ins Land



Miteinander

Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

IMPULSE FÜR EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE

Spendenaufruf

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit für Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus mit einer Spende! Alle Zuwendungen kommen direkt der Arbeit des Vereins zugute. Möchten Sie mit Ihrer Spende gezielt ein Teilprojekt des Vereins oder Betroffene rechter Gewalt unterstützen? Dann sprechen Sie uns an und wählen Sie eines der Miteinander-Projekte aus (Kontakt über die Geschäftsstelle)!

Der Verein ist gemeinnützig und Ihre Spende somit steuerlich absetzbar. Die ordnungsgemäße Verwendung aller Mittel wird durch die Kassenprüfer/innen des Vereins und ein Steuerbüro kontrolliert. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, teilen Sie uns bitte Ihre Anschrift mit.

Ihre Spende erreicht uns über unser Vereinskonto. Sie können außerdem bequem online unter www.miteinander-ev.de spenden.

Spendenkonto

Kontoinhaber: Miteinander e.V.

Konto-Nr.: 84 73 400

BLZ: 810 205 00

Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg

Der „Newsletter“ von Miteinander e.V. erscheint vierteljährlich. Auf 16 Seiten informieren wir über die Arbeit der einzelnen Teilprojekte. Mitarbeiter/innen des Vereins und externe Autor/innen geben im Rahmen thematischer Schwerpunkte einen Überblick über Entwicklungen in der extremen Rechten und stellen erfolgreiche Konzepte und Aktionen zivilgesellschaftlichen Engagements für eine lebendige Demokratie vor.

Auf Wunsch senden wir Ihnen den „Newsletter“ per Post oder E-Mail zu. Ältere Ausgaben finden Sie unter www.miteinander-ev.de 📧 Newsletter.

newsletter #26 | Winter 2009

newsletter



Sehr geehrte Leserinnen und Leser, Mitglieder sowie Freundinnen und Freunde des Vereins,

Im nächsten Jahr läuft die erste Förderphase der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus aus. Bisher liegen noch keine Aussagen zur Zukunft der geförderten Projekte in der Bildungs- und Beratungsarbeit vor. Eine Fortführung in der bisherigen Form scheint ungewiss.

Geht es nach der neuen Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP, so werden die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus auf Aktivitäten gegen Linksextremismus und Islamismus ausgeweitet. Dies würde entweder die ohnehin knappe Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Initiativen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus weiter verringern. Viele ständen damit vor dem Aus. Oder aber sie wären gezwungen, ihre Arbeit ganz allgemein auf den Kampf gegen jeden „Extremismus“ auszuweiten. Die fachliche Qualität der Demokratiearbeit, die sich den jeweils regionalspezifischen Herausforderungen stellt, wäre dann nicht mehr gewährleistet.

Folgenreiche Realitätsverleugung

Die neue Bundesregierung verkennet und bagatellisiert mit ihren Plänen zur Ausweitung der Programme die Gefahr des Rechtsextremismus. In den letzten Jahren hat die Zahl der rechts und rassistisch motivierten Gewalttaten bundesweit zugenommen. Rechtsextremen Parteien wie der NPD ist es gelungen, auf Landes- und Kommunalebene Wahlerfolge zu erzielen. Vielerorts hat sich eine starke rechtsextreme Jugendkultur etabliert. Zugleich ist die Gesellschaft mit hohen Zustimmungsraten zu demokratiefeindlichen und rassistischen Einstellungen konfrontiert. Weder linksextreme Gewalttaten noch der Islamismus gefährden die Demokratie in vergleichbarem Maß wie der Rechtsextremismus.

Von rechts motivierter Gewalt sind zunehmend auch Initiativen gegen Rechtsextremismus betroffen. Im Nachgang des Aufmarschs der Jungen Nationaldemokraten am 7. November wurde in der Nacht zum 9. November das Privatauto eines

Mitarbeiters unseres Vereins bei einem Brandanschlag zerstört. Damit ist eine neue Stufe der Gewalteskalation erreicht. Lesen Sie mehr zu den Hintergründen der Gewalttät und dem Neonazi-Aufmarsch in diesem Newsletter.

Wir nutzen am Ende des Jahres 2009 den Newsletter für eine Rückschau auf das Abschneiden rechtsextremer Parteien bei den zahlreichen Kommunal- und Landtagswahlen sowie bei der Bundestagswahl. Ein Interview mit dem Journalisten und Rechtsextremismusexperten Andreass Spelt befasst sich mit dem Tod des Neonazis Jürgen Rieger und seinen Folgen für die rechte Szene.

Land und Bund sind gefordert

Die quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Projekte gegen Rechtsextremismus muss auch 2010 und darüber hinaus gewährleistet sein. Wir werden weiterhin gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Trägern für die Fortführung und den Ausbau der Bundesprogramme „Vielfalt tut gut“ und „Kompetenz für Demokratie“ kämpfen. Dabei ist nicht nur die Bundesregierung gefordert, ihre Pläne zu überdenken. Auch die Länder sind gefragt, ihrerseits die kontinuierliche Arbeit der Initiativen zur Stärkung der Demokratie und gegen Rechtsextremismus finanziell zu sichern.

Wir bedanken uns bei allen Mitstreiter/innen und Kooperationspartner/innen für die Unterstützung unserer Arbeit in diesem Jahr. Wir sind gespannt, was das Jahr 2010 an Ereignissen bringen und ob es uns gelingen wird, die Zukunft der Projekte für Demokratie zu sichern. Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre, frohe Feiertage und ein erfolgreiches neues Jahr!

Ihr Pascal Begrich und das Miteinander-Team

Seite 2

Nur punktuelle Erfolge
Die NPD konzentriert sich auf niedrigem Niveau

Seite 4

Blinde Flecken
Sachsen-Anhalt-Monitor 2009 präsentiert dreiwöchige Befunde

Seite 5

Auto in Flammen
Brandanschlag auf Fahrzeug eines Mitarbeiters von Miteinander e.V.

Seite 6

Die Neonaziszene hat eine wichtige Figur verloren
Interview mit Andreass Spelt

Seite 8

Laboratorien der Demokratie
Bildungsarbeit muss konkret und situationsbezogen sein

Seite 10

Demokratie Erleben
Aukerische Bildungsarbeit schafft Erlebnissituationen

Seite 11

„Die Nazis sprachen ihnen das Recht auf Leben ab“
„Tag der Erinnerung“ in Magdeburg

Seite 12

Kontinuität und Umbrüche
Tagung zu Rechtsextremismus in den neuen Ländern

Seite 13

Erfolgreich gelaufen
Schülerinnen bringen 16.000 Euro für den Opferfonds auf

Seite 14

Ein Fragender im besten Sinne
Hans-Jochen Tietze zum 80. Geburtstag

Newsletter der Mobilen Opferberatung

Die „informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen vier Mal im Jahr. Im Newsletter wird über Erscheinungsformen rechter Gewalt und die Perspektive von Betroffenen informiert. Neben einem Schwerpunktthema finden sich u.a. in den Rubriken „Vor Gericht“ und „Vor Ort“ Berichte über aktuelle Verhandlungen und regionale rechte Aktivitäten sowie zivilgesellschaftliches Engagement. Zudem dokumentiert das Projekt hier fortlaufend rechte und rassistische Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Auf Wunsch übersenden wir Ihnen die „informationen“ digital oder kostenlos als Printausgabe. Ältere Ausgaben finden Sie im Archiv unter www.mobile-opferberatung.de ☞ Info-Material ☞ Newsletter

Nr. 72/78
Herbst/Winter 2009

informationen

der Mobilen Beratung
für Opfer rechter Gewalt

unterstützen beraten intervenieren

Schwerpunkt: Normalisierung rechter Gewalt

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen,

das selbstbewusste Auftreten von Neonazis gehört längst zur Normalität in Sachsen-Anhalt. Das Ausmaß der Gewalt ist gleich bleibend hoch, wie nicht zuletzt vier Angriffe von Rechten allein am zweiten Novemberwochenende zeigen. Die Normalisierung hat offenbar auch zur Folge, dass viele rechte Gewalttaten wenn überhaupt nur als kurze Meldungen in den Medien erscheinen. Daher widmen wir diesem Thema eine Doppelausgabe des „informationen“.

Über eine Woche verschwieg die Polizei den jüngsten rassistischen Angriff auf das Flüchtlingsheim in Harke (Landkreis Börde) der Öffentlichkeit und informierte in der Folge nur lückenhaft darüber. Auf Wunsch der Flüchtlinge machte die Mobile Opferberatung deren Forderung nach einer Heimschließung öffentlich – mit unerwartet schnellem Teilerfolg: Knapp eine Woche nach den ersten ausführlichen Berichten über

die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge im Nirgendwo sollen nun zumindest die Familien schnellstmöglich in Wohnungen untergebracht werden (S. 10).

Rechte Angriffe gehörten bereits zu den düsteren Kapiteln im Gefolge der Maueröffnung vor 20 Jahren. In einem Gastbeitrag beschreibt Heike Kleffner die Kontinuitätslinien rechter Gewalt und Organisierung nach der Wende (S. 8). Doch auch heute noch blenden Richter und Staatsanwälte rechte Tatumotive und Hintergründe allzu oft aus (S. 2 und 3). Sie werden häufig nur durch Betroffene, die als Nebenkläger in Gerichtsprozessen auftreten, und deren AnwältInnen aufgedeckt. Dem Rechten sollten durch das zweite Opferrechtsreformgesetz gestärkt werden. In unserem Interview (S. 6) fragen wir die RechtsanwältInnen Sebastian Scharmer und Udo Weyers, ob die Reform dieses Versprechen einhält.

Trotz allem sollen die Programme gegen Rechtsextremismus nach dem Willen der neuen Bundesregierung ab 2011 erheblich verändert werden. „Realitätsverweigerung“ nennen das führende Rechtsextremismusforscher (S. 11). Wieder mal ist die Zukunft des Beratungsprojekts gegen Rechtsextremismus langfristig ungesichert. Sicher ist dagegen, dass es trotzdem viele Menschen gibt, die diese Normalität nicht unverändert hinnehmen wollen. Im September haben SchülerInnen aus Wolmirstedt in einer Solidaritätsaktion über 16.000 Euro für den Opferfonds gesammelt (S. 12). Ein beeindruckendes Zeichen, das Mut macht. Wir bedanken uns bei allen FörderInnen und KooperationspartnerInnen für die Unterstützung und ihr Vertrauen und werden auch im kommenden Jahr den Betroffenen rechter Gewalt verlässlich zur Seite stehen. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff. Wir sind stabil und persönlich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym. Benötigen wir Ihren Namen und/oder Telefonnummer und E-Mail-Adresse?
- Wir intervenieren, wenn sich Betroffene rechter Gewalt alleine gegenüber fühlen.

Halle
Pflanzentst. 9 | 06114 Halle
Tel.: 0346/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13
0131/33 31 88 24 oder 0179/1 02 27 12
opferberatung.sax@zeitspenden-netz.de

Magdeburg
Eich-Meerw. 30 | 39124 Magdeburg
Tel.: 0391/75 44 65 30 Mobil: 0178/2 64 83 52
oder 0172/2 92 55 51
opferberatung.otto@zeitspenden-netz.de

Salzwedel
Chilkenstr. 41 | 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/33 64 31 Mobil: 0176/2 90 43 12
oder 0179/4 63 87 20
opferberatung.sax@zeitspenden-netz.de

www.mobile-opferberatung.de

Hintergrundpapiere

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus ist die zentrale Recherche- und Analyseinstanz im Themenfeld Rechtsextremismus. Als Fachstelle ist sie für Politik, Medien und Wissenschaft beständig ansprechbar. Durch sie werden Informationen zum Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus für die interessierte Öffentlichkeit und die Beratungsarbeit des Vereins Miteinander e. V. aufbereitet und zur Verfügung gestellt. Für die interessierte Fachöffentlichkeit erstellt die Arbeitsstelle Rechtsextremismus in loser Folge Hintergrundpapiere zu Themen und Begrifflichkeiten des modernen Rechtsextremismus.

Bereits erschienen (Auswahl):

- „Autonome Nationalisten“
- Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt
- Die extreme Rechte nach den Kommunalwahlen
- „Nationaler Sozialismus“ – Ein Schlüsselbegriff des Rechtsextremismus
- Rechtsextreme Krisendiagnostik
- Der 1. September in der politischen Propaganda der extremen Rechten
- Praxis, Strategie und Ziele rechtsextremer Pressearbeit
- Die deutsche Geschichte als Waffe gegen das System

Die Reihe wird fortgesetzt. Alle Dokumente sowie Neuerscheinungen unter www.miteinander-ev.de  Publikationen

Hintergrundpapier 8/2009

„Die deutsche Geschichte als Waffe gegen das System“ Warum Neonazis sich als legitime Nachlassverwalter der „Friedlichen Revolution“ inszenieren

1. Die deutsche Geschichte als Referenzrahmen der extremen Rechten

Für den 7. November 2009 meldete die Jungen Nationaldemokraten (JN), die Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), eine Demonstration unter dem Motto: „20 Jahre Mauerfall – Wir sind das Volk“ in Halle (Saale) an. Damit knüpft die rechtsextreme Organisation an die seit einigen Jahren unternommenen Versuche an, demokratische Gedenktage mit Kundgebungen und Mahnwachen einem rechtsextremen Deutungsrahmen zuzuordnen und beispielsweise den 17. Juni 1953 als authentische deutsche Volkserhebung gegen Fremdherrschaft darzustellen¹. Die Bezugnahme auf die Ereignisse des Herbstes 1989 ist für die rechte Szene mehr als nur ein Kommentar zum Zeitgeschehen. Vielmehr dient sie ihnen neben der NS-Vergangenheit in zunehmendem Maße als zeithistorische Referenzperiode.

Seit 1945 bildeten der Nationalsozialismus und seine Akteure stets das Zentrum rechtsextremer Geschichtspolitik². In den letzten Jahren ist eine Erweiterung des historischen Referenzrahmens der extremen Rechten zu beobachten, die nicht mehr nur ausschließlich auf die NS-Vergangenheit fixiert ist. Nach der Demonstration am 17. Juni versuchen sich die JN in Halle (Saale) bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr an einer geschichtspolitischen Intervention, die nicht die Zeit des Nationalsozialismus zum Gegenstand hat.

Das historische Denken der extremen Rechten ist von einem negativen historischen Determinismus geprägt. Dieser konstruiert historische Entwicklungen der zurückliegenden zweitausend Jahre innerhalb des mittel- und westeuropäischen Raums als „deutsche Geschichte“ und erklärt sie zum Bezugspunkt politischer Selbstlegitimation.

In diesem Jahr wurde dies u. a. rund um das 2000-jährige Jubiläum der Varus-Schlacht deutlich. Angelehnt an den Prozess der Nationalisierung historischer Ereignisse im 19. Jahrhundert, deutet die extreme Rechte die Varus-Schlacht als ersten „Befreiungskrieg“ der „Deutschen“ gegen die „westlich“ apostrophierten „Römer“³. Die Topoi „Westen“, „Zivilisation“ und „Demokratie“ werden in einen Deutungsrahmen eingebettet, dem Attribute wie „Deutschtum“, „Volk“ und „Heimat“ positivistisch gegenübergestellt werden⁴. Mögen historische Ereignisse und ihre Akteure wechseln, bleibt doch der Feind, der in verschiedenen Zeiten in vielerlei Gestalt auftritt – nach dem Modell der Rechtsextremen – immer der Gleiche.

¹ Hoffmann, Uwe, Die NPD. Entwicklung, Ideologie, Struktur, Lang, Frankfurt am Main u. a. 1999.

² Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e. V. (Hrsg.), Warum Neonazis versuchen, sich den 17. Juni 1953 als historisches Datum anzueignen, Miteinander e. V., Magdeburg/Halle (Saale) 2009. Außerdem Dies. (Hrsg.), Neonazis für den Frieden?, Miteinander e. V., Magdeburg/Halle (Saale) 2009.

³ Bendikowski, Tillmann, Der Tag an dem Deutschland entstand. Die Geschichte der Varusschlacht, Bertelsmann Verlag, München 2008, S. 129-140.

⁴ Pittwald, Michael, Ernst Niekisch. Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium, Papyrossa Verlag, Köln 2002, S. 12-34. Als aktuelles Beispiel kann gelten: Die Hermannsschlacht. 2000 Jahre Germanischer Freiheitskampf, www.germanischer-freiheitskampf.de, am 5. November 2009.

Kontakt

Miteinander e.V.
Geschäftsstelle
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Tel: 0391 62 07 73
Fax: 0391 62 07 740
net.gs@miteinander-ev.de

Miteinander e.V.
Regionales Zentrum Nord
Chüdenstraße 4
29410 Salzwedel
Tel: 03901 30 64 30
Fax: 03901 30 64 32
net.rzn@miteinander-ev.de

Miteinander e.V.
Regionales Zentrum Süd
Platanenstraße 9
06114 Halle (Saale)
Tel: 0345 22 66 450
Fax: 0345 22 67 101
net.rzs@miteinander-ev.de

www.miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Impressum

Magdeburg/Halle (Saale) 2009

Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in
Sachsen-Anhalt e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

V.i.S.d.P.:
Pascal Begrich

Text:
Dr. Fabian Virchow

Redaktionelle Bearbeitung:
Dr. Gideon Botsch, Dr. Christoph Kopke (1. Auflage)
Torsten Hahnel, Sebastian Striegel und Thomas Weber
(2., erweiterte und überarbeitete Auflage)

Satz und Druckvorbereitung:

katinka!
katinka.halle@gmx.de

Druck:
Druck-Zuck GmbH, Seebener Straße 4, 06114 Halle (Saale),
www.druck-zuck.net

Erstellung und Druck der Broschüre wurden gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie.“



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Gesundheit und Soziales



Bereits im Frühsommer 2006 hat das „Amt für Öffentlichkeitsarbeit“ beim Parteivorstand der NPD eine „Handreichung für Kandidaten und Funktionsträger“ der Partei herausgegeben. Diese soll, so schreibt der NPD-Vorsitzende Udo Voigt im Vorwort, „Anregungen geben, auf politische Vorhaltungen des Gegners richtig zu reagieren“.

Die NPD-Handreichung ist Teil des Versuchs der rechtsextremen Partei, sich mit ihrer Politik offensiv in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs einzubringen.

Um Demokrat/innen bei der Vorbereitung und Absicherung ihrer Veranstaltungen auf organisatorischer Ebene zu unterstützen, hatte Miteinander e.V. die Broschüre „Streiten mit Neonazis? Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten“ herausgegeben. Wir ergänzen diese nun durch eine zweite Veröffentlichung zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Positionen der NPD.

Die vom NPD-Parteivorstand autorisierte „Handreichung für Kandidaten und Funktionsträger“ zeigt an zahlreichen Stellen deutlich den neonazistischen Charakter der NPD; daher steht in der Entgegnung weniger eine entsprechende Beweisführung im Vor-

dergrund als vielmehr die Aufklärung über vorausgesetzte Annahmen und Struktur der NPD-Argumentation.

Unsere Argumentationshilfe will dazu beitragen, sich der NPD-Diskursstrategie entgegenzustellen und ist bewusst überschaubar gehalten.

Zur Vertiefung und aktiven Aneignung bietet das Heft Literaturhinweise an und verweist auf Internetseiten mit weiterführenden Informationen.

„Argumente. Eine Entgegnung auf Schulungsmaterial der NPD“ ist eine überarbeitete und aktualisierte Veröffentlichung, die auf Grundlage einer in Brandenburg im Jahr 2008 herausgegebenen Publikation von Fabian Virchow entstand.



www.miteinander-ev.de

www.mobile-opferberatung.de